

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 194 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 3/2011 VOM 9. MÄRZ 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | Ein ganz  
normaler Vorgang  
Anhörung zum Erdkabelgesetz

5 | Die fünfte Jahreszeit  
in der StVV Eberswalde  
Erlebte Demokratie

12 | Nordafrika.  
Region im Aufruhr  
Revolution oder Revolte?

## Pleitegeier kreisen über WHG-Tochter

WHG-Gaststätten Brasserie »Am Stein« und Hotel »Palmenhof« in Schwierigkeiten

**Eberswalde (bbp).** Der Gaststättenbetrieb der städtischen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH (WHG) ist in eine Schieflage gekommen. Die WHG ist Mehrheitsgesellschafterin der MD Marketing- und Dienstleistungs GmbH Eberswalde, die in der Innenstadt die Brasserie »Am Stein« und das Hotel »Palmenhof« betreibt. Im Dezember fanden zwei außerordentliche Gesellschafterversammlungen der MD GmbH statt. Die WHG einigte sich »im Interesse der Gesellschaft« mit den Mitgesellschaftern Roy und Rolf Neubert darauf, daß die WHG alle Geschäftsanteile übernimmt. Am 24. Februar sollte die Stadtverordnetenversammlung dafür ihren Segen geben.

Die Stadt Eberswalde und ihre Tochtergesellschaften WHG und Technische Werke Eberswalde (TWE) besitzen eine ganze Reihe von Gaststätten: Ratskeller, Tierparkgaststätte, der ehemalige Jugendclub im Leibnizviertel, der Schleusenkrug im Familiengarten (zuvor »Café Liebermann«), die »Alte Zählerwerkstatt« (ehemals »Lido Latino«), den Imbiß »Sunset im baff«, schließlich die Brasserie »Am Stein« und die Gaststätte im Hotel »Palmenhof«.

Mit ihren Kneipen und Gaststätten hat die Stadt Eberswalde wenig Glück. Der Ratskeller steht seit längerem leer, in der Tierparkgaststätte und im ehemaligen Jugendclub im Leibnizviertel wechselten unlängst die Betreiber. Auch die Saisongaststätte »Schleusenkrug« (zuvor Café Liebermann) startete 2010 mit einem neuen Wirt. Ähnlich glücklos agieren die stadteigenen Technischen Werke mit der »Alten Zählerwerkstatt«, die 2009 dem Betreiber des baff-Imbisses Peter Grundmann aufgedrückt wurde. TWE-Geschäftsführer Horst Schaefer soll Abhängigkeiten rigoros ausgenutzt haben.

Zuvor hatte sich Grundmann gemeinsam mit Petra Möller als Geschäftsführer der MD Marketing- und Dienstleistungs GmbH Eberswalde versucht, die seit Mai 2004 in einem von der WHG sanierten Gebäude in der Steinstraße die Brasserie »Am Stein« betreibt. Die beiden Geschäftsführer hatten damals je 5 Prozent des Stammkapitals der MD GmbH in ihrem Besitz. Die restlichen 90 Prozent teilten sich die WHG und die Eberswalder Blitz-, Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH, die beide bereits seit 2003 über das »Medienhaus« in der Eisenbahnstraße 92-93 geschäftlich liiert sind.

Bereits nach anderthalb Jahre wurden Grundmann und Möller ausbezahlt. Letztere übernahm später für die Firma »finesse Catering« die Leitung des »Börsen-Cafés« in der Hauptstelle der Sparkasse Barnim. Roy Neubert, Sohn des damaligen Blitz-Bosses Rolf Neubert, übernahm 2006 die MD-Geschäftsführung und dann auch den »Blitz«-Geschäftsanteil. Die Anteile von Grundmann und Möller gingen an die WHG und zu 2,6 Prozent an Rolf Neubert. Im Winter 2008 übernahm die MD GmbH auch die Bewirtschaftung des Hotels »Palmenhof« in dem von der WHG sanierten und großzügig erweiterten Gebäude des einstigen Konsum-Kaufhauses (später »Pfennigland«) in der Friedrich-Ebert-Straße. Wiederum zwei Jahre später zog die WHG die Notbremse. In ihrer Sitzung am 24. Februar 2011 sollten die Eberswalder Stadtverordneten per Eilvorlage, die zwei Tage vor der Sitzung versandt wurde, dem Kauf der Geschäftsanteile der MD-Mitgesellschafter Roy und Rolf Neubert durch die WHG zustimmen.

Die Beschlüsse der beiden außerordentlichen Gesellschafterversammlungen der MD GmbH wurden noch im Dezember umgesetzt. Der notarielle Kaufvertrag datiert auf den 30.12.2010, versehen mit einem Rücktrittsrecht bis zum 28.02.2011. Daraus ergebe sich die Eilbedürftigkeit, heißt es in der Beschlußvorlage. Eine frühere Information der Stadtverordneten habe nicht erfolgen können, »weil der Anteilskauf durch die WHG zunächst vom Aufsichtsrat der WHG am 16.02.2010 bestätigt werden mußte«. Die brisanten Einzelheiten behandelten die Stadtverordneten im nichtöffentlichen Teil.

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige



**Diäko**

**Eine Woche  
fünfmal täglich  
gut essen  
und trotzdem  
abnehmen?**

Für Ihre guten  
Vorsätze 2011:  
Starten Sie jetzt mit  
der Balance-Diät.  
Zum Spezial-Preis  
für Sie **68,90**  
(Sie sparen 10 €)

**Info 040 5510001, [www.diaeko.com](http://www.diaeko.com)**

## Guttenberg lebe hoch!

Dieser noch als Hochruf geschriebene Beirat nun schnell zum Nachruf geworden. Der gewesene BRD-Kriegsminister hat sich seinen Dokortitel erschlichen – das gehört sich wahrlich nicht, scheint aber innerhalb der sogenannten »politischen Klasse« nicht unüblich zu sein. Zumindest Dr. Angela Merkel, die für ihren Physikdokter noch was tun mußte, scheint das zu wissen und zeigte sich sehr nachsichtig.

Der Guttenberg ist von altem Adel, ein »Von-und-zu«, und er gehört zu den Reichen und Schönen – dafür kann er nichts. »Gut« wird deshalb und weil er zur CSU gehört und weil manche Christsozialdemokraten in ihm den Merkel-Nachfolger sehen von BILD hofiert – igittigitt, das ist wahrlich unappetitlich\*.

Der Kriegsminister flog alle naselang nach Afghanistan, um die zunehmend verängstigten Bundeswehrsoldaten im dortigen Kolonialkrieg bei der Stange zu halten – er hätte »unsere Jungs« besser nach Hause holen sollen.

Der Minister mit den vielen Vornamen hatte es wahrlich nicht leicht. Zahlreiche Bundeswehorskandale, wie die Todesfälle auf der »Gorch Fock« oder die geöffnete Soldatenpost aus Afghanistan, belasteten sein Amt, obwohl dafür nicht er, sondern das militaristische System, das sich aus der Kaiserzeit über den Hitlerfaschismus in die »demokratische« Wehrmacht der BRD hinüberrettete, verantwortlich ist. Vielleicht ist ihm gar zugute zu halten, daß die Bundeswehr-Übel an die Öffentlichkeit kamen.

Die Vorwürfe, vom Festhalten an den mal Kriegseinsätzen der Bundeswehr abgesehen, reichten völlig aus, die Rücktrittsforderungen zu rechtfertigen.

Doch sollte man bei all dem nicht die Verdienste Guttenbergs vergessen. Der Kriegsminister zum Guttenberg wird in die Geschichte eingehen. Er wird unseren Nachgeborenen als der Mann in Erinnerung bleiben, der faktisch die Wehrpflicht aufgehoben hat. Welcher Vertreter einer BRD-Regierung hat je mehr für die gesellschaftliche Ächtung des deutschen Militarismus getan?

Doch das nicht genug. Im Zuge der von Guttenberg angekündigten Bundeswehrreform soll die Personalstärke um 60.000 Bewaffnete auf 180.000 gesenkt werden. Im Idealfall könnten in Brandenburg elf der aktuell fünfzehn Bundeswehrstandorte aufgegeben werden. Lediglich die Standorte mit mehr als 900 Dienstposten in Strausberg, Beelitz, Storkow und Schönewalde stehen nicht zur Disposition. Die CDU-Landtagsfraktion hat jetzt eine Initiative zum Erhalt der Militärstützpunkte in Brandenburg gestartet. Auch in den von Entmilitarisierung »bedrohten« Städten formiere sich Widerstand, schreibt die MOZ am 24. Februar.

Das Mobbing contra Karl Theodor Guttenberg war in großen Teilen berechtigt. Für seine Taten gegen den Militarismus in der BRD ist ihm jedoch Hochachtung zu zollen. Dafür verdiente er gar einen Dokortitel ehrenhalber.

GERD MARKMANN

Fortsetzung von Seite 1

## Pleitegeier kreisen ...

Angesichts der hektischen Betriebsamkeit ist davon auszugehen, daß sich in der MD GmbH beträchtliche Verluste angesammelt haben, die mit diesem Eil-Coup bei der städtischen WHG abgeladen werden sollen. Von bis zu einer halben Million Euro ist die Rede.

Allerdings ließen sich die Stadtverordneten diesmal nicht so einfach überfahren. In der nichtöffentlichen Sitzung soll es eine heftige Diskussion gegeben haben, in deren Ergebnis Bürgermeister Friedhelm Boginski die Eilvorlage zurückzog. Der abgeschlossene Notarvertrag wäre damit hinfällig und eine Neuverhandlung angesagt, wobei auch die Einleitung des Insolvenzverfahrens für die MD GmbH eine mögliche Option wäre.

## Neuer Sprechzeit

**Eberswalde (prest-ew).** Hans Pieper, Ortsvorsteher für Eberswalde 2, informiert, daß seine Sprechzeit montags, in der Zeit von 16 bis 17.30 Uhr stattfindet. Bürgerinnen und Bürger aus dem Einzugsgebiet Westend, Leibnizviertel und Nordend können in dieser Zeit direkt im Rathaus, Raum 218, Teeküche in der 2. Etage, ihre Fragen und Probleme das Wohngebiet betreffend, mit dem Ortsvorsteher besprechen. In dieser Zeit ist er auch per Telefon unter 64 283 erreichbar. Außerhalb der Sprechzeit steht Herr Pieper für Anfragen unter seiner Handynummer 0170/9030134 zur Verfügung.

## Absage an Rentengerechtigkeit

Mehrheit des Bundestages lehnt Anträge der LINKEN ab

»Die Hinweise auf die geplante Schaffung eines einheitlichen Rentensystems in Ost und West aus den Reihen von Schwarz-Gelb konnten nicht überzeugen. Vielmehr sieht es so aus, als wollten besonders die Regierungsfractionen die Probleme der Rentenüberleitung erst am Sankt Nimmerleinstag lösen. Allerdings konnten sich heute auch die Abgeordneten von SPD und Bündnis90/Die Grünen nicht zu einer Unterstützung unserer Anträge durchringen.« Das erklärt Sabine Stüber nach der Abstimmung über 19 Anträge der LINKEN, die auf die Beseitigung von Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen zielten, die vor 20 Jahren bei der Überführung der DDR-Altersversorgung in bundesdeutsches Recht entstanden sind. Eine große Mehrheit des Bundestages stimmte gegen die Vorschläge und Forderungen der LINKEN.

Weiter stellt Sabine Stüber, für die LINKE im Wahlkreis Uckermark-Barnim I direkt in den Bundestag gewählt, fest: »Heute in der Debatte mußten wieder die in der DDR vermeintlich Privilegierten für die allgemeine Ablehnung herhalten. Ja, es stimmt: Wir sind dagegen, daß das Rentenrecht als Strafrecht mißbraucht wird und wollen, daß die Wertneutralität des Rentenrechts wie-

## Gelebte Solidarität

**Eberswalde (vs).** Auch in diesem Jahr führt die Volkssolidarität ihre traditionelle Listensammlung durch. Sie begann am 1. März und wird am 20. April enden. Die seit 1947 jährlich wiederkehrende Aktion steht unter dem Motto »Miteinander – Füreinander«. 2010 erbrachte die Sammlung im Land Brandenburg rund 380.000 Euro.

Die Volkssolidarität hält für die steigende Zahl Bedürftiger viele Hilfs- und Beratungsangebote bereit. Um diese erhalten und ausbauen zu können, ist der Wohlfahrtsverband auch künftig auf Spenden angewiesen. Die Mittelverwendung ist geplant für die Errichtung je einer Kontakt- und Begegnungsstätte für chronisch psychisch Kranke in Eberswalde und Bernau. Die Kreisgeschäftsstelle der Volkssolidarität weist darauf hin, daß sich alle ehrenamtlichen Sammler, die vom 1. März bis 20. April zu den Bürgern ins Haus kommen, mit einem entsprechenden Sammelausweis legitimieren können. Zudem sind die Sammel Listen fortlaufend nummeriert.

Wer nicht durch die ehrenamtlichen Sammler erreicht wird, kann auch das folgende Spendenkonto nutzen (Kennwort: Listensammlung der Volkssolidarität 2011): Konto-Nr. 535385, BLZ: 12030000, bei der: DKB. Weitere Informationen: Volkssolidarität Barnim e.V., Kreisgeschäftsstelle, Tel. 03334/63988-0.

**KULTURBAHNHOF FINOW – eine gute Adresse!**

derhergestellt wird. Aber die meisten unserer Anträge beziehen sich auf Personengruppen, die nicht verstehen können, wenn ihre häufig schwierige soziale Lage derart abgetan wird. Zum Beispiel die Krankenschwestern, denen als Ausgleich für ihre schwere und schlecht bezahlte Arbeit ein Steigerungsfaktor bei der Rente gewährt wurde. Oder die in der DDR geschiedenen Frauen, denen der Versorgungsausgleich versagt wird und die deshalb häufig auf Grundsicherung angewiesen sind. Oder die ehemals bei Post und Reichsbahn Beschäftigten, denen ihre speziellen, historisch begründeten Altersversorgungen vorenthalten werden. Auch ein weiteres Argument sticht nicht, nämlich daß durch eine Korrektur der Rentenüberleitung einer Besserstellung gegenüber westdeutschen Seniorinnen und Senioren erfolgt. Fakt ist: Durch die Liquidierung jeglicher zusätzlicher Versorgungen müssen alle der Intelligenz zugerechneten Personengruppen mit ganzen 30 bis 60 Prozent der Altersbezüge ihrer Berufskollegen West auskommen.

Ich appelliere an die Regierungsfractionen, endlich aktiv zu werden und die Lebensleistungen der Ostdeutschen anzuerkennen. Viele Betroffene haben nur noch wenig Zeit. »

JANA MULEMBA

# Ein ganz normaler Vorgang

Zur öffentlichen Anhörung Erdkabelgesetz des Landtags Brandenburg



Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« begrüßt die gemeinsame Gesetzesinitiative der Fraktionen der Bündnisgrünen und der FDP, ein Brandenburgisches Erdkabelgesetz für den Hoch- und auch den Höchstspannungsbereich zu verabschieden. In der Anhörung am 21. Februar ist deutlich geworden, daß die technischen Vorbehalte der Netzbetreiber gegenüber einer Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« nicht begründet sind. Vor allem die Ausführungen von Prof. Brakelmann haben fundiert dargelegt, daß die Erdverkabelung einer 380-kV-Stromleitung heute Stand der Technik ist, daß Erdkabel einen hohen Sicherheitsstandard aufweisen und auch die Eingriffe in die Umwelt aufgrund neuer Verlegungstechnologien vertretbar sind. Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen ein Erdkabelgesetz für das Hochspannungsnetz (110-kV) konnten ausgeräumt werden, während einige Verfassungsrechtler für das Höchstspannungsnetz (380 kV) eine Sperrwirkung des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) konstatieren, wobei sie sich aber darüber einig sind, daß Zweifel an der Verfassungskonformität des EnLAG begründet sind.

Die Bürgerinitiative erwartet in dieser Situation, daß der Landtag durch weitere Gutachten seinen verfassungsrechtlichen Handlungsspielraum präzisieren läßt, um ein Erdkabelgesetz auch für den Höchstspannungsbereich beschließen zu können. Sollten verfassungsrechtliche Bedenken nicht ausgeräumt werden können, sollte der Landtag (oder die Landesregierung) auf eine rasche Klärung der Frage der Verfassungskonformität des EnLAG durch das Bundesverfassungsgericht dringen.

Bis die Rechtslage geklärt ist, darf kein positiver Planfeststellungsbeschluß für die Errichtung der »Uckermarkleitung« ergehen, um den Landesgesetzgeber für den Fall einer Aufhebung des EnLAG nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, sondern seine Souveränität zu respektieren.

Wir sind keine Verfassungsrechtler, aber wenn etwas für die Menschen in Brandenburg getan werden soll, wenn die Trassenkonflikte gelöst werden sollen, und das Erdkabelgesetz entsprechend verabschiedet wird, so würden wir das ausdrücklich begrüßen. Wenn es verfassungsrechtliche Probleme geben sollte, so soll doch anschließend der Bund klagen, wenn er meint, das Land Brandenburg habe seine Kompetenz überschritten!!!

Wir fordern daher von unseren gewählten Volksvertretern in Potsdam mehr »Rückgrat«!

Die Bürgerinitiative erinnert in dieser Situation daran, daß die Errichtung der geplanten 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen von vielen kommunalen Parlamenten und Stadtverordnetenversammlungen, von der Biosphärenreservatsverwaltung, den Naturschutzverbänden und 1.233 Einwohnern, die unmittelbar oder mittelbar von der Trasse betroffen sind, abgelehnt und der Erdverkabelung der Vorzug gegeben wird. Die Akteneinsicht der Bürgerinitiative beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (Bergamt) und das Studium der beim Bergamt eingegangenen Einwendungen hat ergeben, daß die eingereichte Planung sehr viele gravierende Mängel aufweist, so daß man nur zu dem Schluß kommen kann, daß diese Planung nicht genehmigungsfähig ist.

Die Bürgerinitiative betont, daß die vorgelegte Planung die in der TEN-E-Richtlinie festgelegten Kriterien des Nachweises der Erforderlichkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit des Planvorhabens nicht erfüllt.

**Nicht über unsere Köpfe - keine Freileitung in Schutz- und Wohngebieten!**  
 GUNNAR HEMME, Sprecher der BI »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«

Die Bürgerinitiative betont, daß die vorgelegte Planung die in der TEN-E-Richtlinie festgelegten Kriterien des Nachweises der Erforderlichkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit des Planvorhabens nicht erfüllt.

**Nicht über unsere Köpfe - keine Freileitung in Schutz- und Wohngebieten!**

GUNNAR HEMME, Sprecher der BI »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«

## Fotos im Foyer des Eberswalder Rathauses

**Eberswalde (prest-ew).** Seit dem 1. März ist im Foyer des Rathauses, in der 2. Etage, eine neue Fotoausstellung unter dem Motto »Natur und Platte«. Die Lehrerin und Hobby-Fotografin Eva-Maria Müller lebt seit über 30 Jahren im Brandenburgischen Viertel. Dort hielt sie mit

der Kamera ihre Eindrücke vom Leben in Eberswalde jüngsten Neubaugebiet fest. Rund 40 großformatige Farbaufnahmen zeigen das bunte Leben und Treiben dort. Die Ausstellung ist bis 8. April 2011 während der Öffnungszeiten des Rathauses zu besichtigen.

## Ein »Maus-Haus«

**Eberswalde (grüne/bbp).** Die Stadtfraktion von Bündnis90/Die Grünen schlägt vor, das künftige Bürgerbildungszentrum in der Puschkinstraße nach dem Gründer der »Sendung mit der Maus« Dieter Saldecki zu benennen. Der Journalist, Fernsehredakteur, Autor und Dramaturg wurde 1944 in Eberswalde geboren. Nach seinem Studium der evangelischen Theologie in Berlin und Göttingen arbeitete Dieter Saldecki als freier Journalist beim WDR-Kinderprogramm. 1971 entwickelte er hier die berühmte »Sendung mit der Maus«. Die Kinderwissenssendung wurde mehrfach ausgezeichnet und wird inzwischen in fast 100 Ländern gezeigt. Sie gilt damit als eine der erfolgreichsten deutschen Fernsehproduktionen überhaupt. Mit unzähligen guten Einfällen für die kindgerechte Umsetzung der Sachgeschichten prägte Dieter Saldecki den »Journalismus für Kinder« ganz entscheidend mit und begeisterte die Zuschauer generationsübergreifend. Neben der Sendung mit der Maus hob er auch die beliebte Kinderserie »Schloß Einstein« und das ARD-Morgenmagazin mit aus der Taufe. An mehreren deutschen Universitäten lehrte er als Dozent. Dieter Saldecki starb im Jahr 2006.

Mit einer Benennung des Bürgerbildungszentrum nach Dieter Saldecki könnte diesem beliebten und bekannten Eberswalder dauerhaft gedacht werden. Das Bürgerbildungszentrum könnte zum »Haus mit der Maus« werden, das Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen anzieht und in dem kindgerechte, kreative Wissensvermittlung im Geiste Saldeckis zum Konzept wird. Die Fernsehfiguren Maus und Elefant könnten in die Gestaltung des Hauses einbezogen werden und Sympathieträger werden. Daneben könnte eine Ausstellung über Saldeckis Wirken informieren.

Sicher würde auch Eberswalde als Stadt von dieser Namensgebung profitieren. Eberswalde würde als Geburtsstadt dieses anerkannten Medienschaffenden bekannt und könnte mit einem weiteren berühmten Sohn aus der jüngeren Geschichte werben. Auch Kooperationen mit dem WDR oder Kika wären denkbar, um gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen oder Leihgaben der Sender auszustellen. So könnten abwechslungsreiche Ausstellungen initiiert und das mediale Interesse für Eberswalde gesteigert werden.

Die Fraktionsvorsitzende Karen Oehler wies darauf hin, daß die Eberswalder Bündnisgrünen die Ersten waren, die sich dafür eingesetzt haben, auch die Stadtbibliothek in das ehemalige Schulgebäude an der Puschkinstraße zu integrieren, welche derzeit unter hohen Mieten im Obergeschoß der Rathauspassage untergebracht ist. »Inzwischen ist genau das beschlossen und wird vorbereitet«, so Oehler.

Weitere Vorschläge können noch bis Mitte März 2011 eingereicht werden. Diskutiert wird derzeit auch, berühmte Töchter der Stadt, die im Kulturbereich tätig waren, zu ehren, wie Bärbel Wachholz oder Dagmar Frederick.

## Gaststättenbetriebs-GmbH

Acht Gaststätten oder gaststättenähnliche Etablissements befinden sich im Eigentum der Stadt Eberswalde (vgl. Seite 1). Einige gehören der Stadt direkt, andere über die Tochtergesellschaften Technische Werke (TWE) und Wohnungs- und Hausverwaltung (WHG). Auch die Betreibermodelle variieren. Manche werden verpachtet, andere von Einzelgesellschaften bewirtschaftet. Allen gemeinsam ist, daß sie regelmäßig wegen ihrer prekären wirtschaftlichen Lage in die Schlagzeilen geraten.

Mit Ursachenanalyse hat bislang noch niemand beschäftigt. Die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften glaubten, es zu können. Es entwickelte sich fast zum Hobby, daß sowohl die TWE also auch die WHG ihre eigenen Gaststätten errichteten und im Falle der WHG über eine extra gegründete Tochtergesellschaft gar selbst betrieben. Doch stellte sich heraus: Sie können's nicht!

Was nicht verwundert, denn sowohl die Stadtverwaltung als auch TWE und WHG haben andere Aufgaben, als Gaststätten zu bewirtschaften. Sie können's nicht. Aus dieser Erfahrung sollten die politisch Verantwortlichen endlich Schlußfolgerungen ziehen.

So könnten beispielsweise alle gastronomischen Aktivitäten der Stadt Eberswalde organisatorisch in einer Gesellschaft zusammengefaßt werden. Solche »Eberswalder Gaststättenbetriebe« hätten dann auch das ökonomische Potential, wirkliche Fachkräfte zu binden, statt nur Probierwiese für Unternehmersöhnchen zu sein. Das setzt aber Transparenz und die demokratische Mitsprache der Stadtverordnetenversammlung voraus, unter Ausschaltung aller selbsternannten Eliteklubs und Unternehmerinteressenverbände, die in den Hinterzimmern der genannten Gasthäuser zur Durchsetzung privater Interessen kungeln. Sonst werden nur erneut Versorgungsposten kreiert, für deren Finanzierung dann die Allgemeinheit gerade stehen muß. Wie auch immer das Eigentum der Stadt im einzelnen organisiert ist, es bleibt öffentliches Eigentum der Kommune und steht damit im legitimen Informationsinteresse jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers der Stadt.

Diese kommunalen »Gaststättenbetriebe« könnten wahlweise die bewirtschafteten Räumlichkeiten an private Betreiber verpachten oder den für die WHG-Gaststätten bestehenden Eigenbetrieb ausweiten und vielleicht die sich so ergebenden Synergieeffekte klug nutzen. Das Personal könnte schwerpunktmäßig eingesetzt werden, die Beschaffung zentralisiert und effektiver gestaltet werden. Womöglich ergeben sich gar Chancen, die vorhandenen Kapazitäten für die Essenversorgung der kommunalen Einrichtungen zu nutzen.

Wer diese Gedanken als Spinnerei abtun will, darf das tun. Sie dürfen aber auch als Anregung verstanden werden, und das kostenfrei.

GERD MARKMANN

## Eilbedürftigkeit erwies sich als Farce

**Eberswalde (bbp).** Die Fraktion »Die Fraktionslosen« beantragte am 24. Februar im Rahmen der Beschlußfassung über die Tagesordnung der an diesem Tag stattfindenden Sitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV), daß der von der Verwaltung beantragte Tagesordnungspunkt »Kauf von Geschäftsanteilen der MD Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft GmbH Eberswalde durch die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH« nicht auf die Tagesordnung kommen soll.

Die Beschlußvorlage erreichte die Stadtverordneten erst einen Tag vor der StVV-Sitzung. Die Eilbedürftigkeit begründete die Verwaltung damit, daß erst der Aufsichtsrat über den Anteilskauf entscheiden mußte. »Die Fraktionslosen« verweisen indes darauf, daß die wirtschaftliche Schieflage der MD GmbH bereits am 15. Juni 2010 Gegenstand einer Aufsichtsratsitzung war. Und bereits Ende Oktober lag eine Zwischenbilanz vor, die Verluste der Gesellschaft in Höhe von 131.606,27 Euro auswies. Zudem gab es bereits im Dezember zwei Gesellschafterversammlungen, in denen die Anteilstransaktionen beschlossen wurden. Von daher sei nicht nachzuvollziehen, wieso die Angelegenheiten nicht schon im Januar vom Bürgermeister (in seiner Funktion als Gesellschafterversammlung) und im WHG-Aufsichtsrat behandelt wurden. So wäre sogar schon im Januar eine fristgemäße Behandlung der Vorlagen möglich gewesen.

Gemäß Absatz 7 im § 98 der Kommunalverfassung wäre »die Gemeindevertretung über alle

Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten« gewesen. Genau dies geschah aber nicht. »Durch die mangelhafte Arbeit der Verantwortlichen wurde eine Situation bewirkt, daß (angeblich) keinerlei zeitlicher Spielraum mehr besteht und die StVV nun gezwungen ist ( bzw. sein soll), heute eine Entscheidung zu treffen«, heißt es dazu in der Antragsbegründung der »Fraktionslosen«.

Im weiteren begründete die Verwaltung die Eilbedürftigkeit damit, daß ein Rücktrittsrecht nur bis zum 28. Februar 2011 bestehe. Dies sei »zunächst Ausdruck einer unverantwortlichen Arbeitsweise der hierfür Verantwortlichen, die zum Termin des Vertragsabschlusses genau die Terminfolge kannten und trotzdem die Befristung des Rücktrittsrechtes in dieser Weise fixierten«. Außerdem heißt es im § 3 des Kaufvertrages: »Der Käufer kann nur zurücktreten, wenn die Gesellschafterversammlung und/oder der Aufsichtsrat des Käufers bis zum 15.02.2011 seine Zustimmung zu dem vorliegenden Vertrag egal aus welchen Gründen nicht erteilt.« Demnach war das Rücktrittsrecht der WHG schon vor der StVV-Sitzung am 24. Februar fraglich. »Notwendig war außerdem, die Zustimmung der StVV vor dem Kaufvertragsabschluß einzuholen. Zumindest aber war eine Klausel festzulegen, wonach der Verkauf erst mit Zustimmung der StVV wirksam wird. Beides fehlt dem Vertragswerk, womit gegen Kommunalrecht verstoßen wird.«

Die vertragsschließenden Seiten könnten nach Auffassung der Fraktion »Die Fraktionslosen« auch ohne aktueller StVV-Entscheidung

eine Vertragskorrektur vornehmen und eine Klausel aufnehmen, wonach der Vertrag erst nach Zustimmung der StVV wirksam, und das Rücktrittsrecht bis dahin verlängert wird.

Die StVV lehnte den Tagesordnungs-Antrag der »Fraktionslosen« mehrheitlich ab. Doch das Anliegen des Antrags setzte sich letztlich durch. Nach kontroverser Diskussion zog Bürgermeister Friedhelm Boginski die Eilvorlage im nichtöffentlichen Teil der StVV zurück.



Auch der frühere Jugendclub und zwischenzeitliche »Radlerstop« im Leibnizviertel hat seit kurzem einen neuen Betreiber.

## Grünannahmestellen

**Eberswalde (prest-ew).** Die im gesamten Stadtgebiet eingerichteten zehn Grünannahmestellen der Projektgruppe Beschäftigungsförderung der Stadt Eberswalde sind ab 16. März wieder geöffnet. Angenommen werden ausschließlich Grünabfälle privater Haushalte (Laub, Rasenschnitt, Ast- und Strauchwerk) in haushaltsüblichen Mengen. Durch eine geringere Anzahl von Maßnahmeteilnehmern mit Mehr-

aufwandsentschädigung ändern sich die Öffnungszeiten. Mo-Fr: 13 - 18 Uhr; Sa: 8-14 Uhr. Grünannahmestellen sind in Westend, Nordend, Stadtmitte, Tornow, Brandenburgisches Viertel, Finow-Süd, Finow-Nord, Clara-Zetkin-Siedlung, Sommerfelde und Spechtshausen eingerichtet. Die genaue Lage der einzelnen Grünannahmestellen wurde im Amtsblatt Ausgabe 9/2010 bereits veröffentlicht.

# Erlebte Demokratie

**Ein Beispiel für eine praktizierte parlamentarische Demokratie, wie sie eigentlich nicht sein sollte, konnten die recht zahlreichen Gäste auf der Empore des Sitzungssaales der StVV am 24. Februar erleben. Ob es an der Fünften Jahreszeit lag, kann man im Nachgang nur vermuten. Narrenkappen und rote Pappnasen hatten die Stadtverordneten nicht auf und das hohe Haus war auch nicht jeckengemäß geschmückt, doch zu anderen Jahreszeiten habe ich so ein Tohuwabohu noch nicht erlebt.**

Die Sitzung begann schon vor der eigentlichen Tagesordnung mit einer fürchterlichen Abstrafung des linken Abgeordneten Carsten Zinn durch seinen Fraktionsvorsitzenden Sachse, weil er wohl in irgendwelchen eMails Abgeordnete des Stadtparlamentes beleidigt haben soll. Genaues konnte man der Tirade von Herrn Sachse leider nicht entnehmen, erst in der MOZ vom 26.02.11 erfuhr man näheres über Zinn's Verfehlungen. Wenn alles so stimmt, dann hat er schon einen kräftigen Rüffel verdient, aber das hätte auch im Rahmen der Parteigruppe geschehen können oder mit Bekanntgabe der Vorwürfe, denn die standen ja dann für alle lesbar in der MOZ.

Die Sitzung wurde fortgesetzt mit dem Antrag der Stadtverwaltung, einen zusätzlichen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen, weil wohl Eilbedürftigkeit vorläge. Der Vorsitzende der Fraktion *Die Fraktionslosen* Triller widerlegte die Eilbedürftigkeit und beantragte die Absetzung von der Tagesordnung. Der Steuerungsdezernent Gatzlaff versuchte ihn mit Hinweis auf die Vertraulichkeit des Themas und der amtierende StVV-Vorsitzende Schubert mit Redezeitbeschränkung auszubremsen.

Unverständlicherweise wurde der TOP trotzdem in die Tagesordnung aufgenommen. Die Abgeordneten hatten ja auch einen ganzen Tag Zeit, sich mit der Sache zu beschäftigen, da die Unterlagen einen Tag vorher mit der Feuerwehr zugestellt worden sein sollen. Ob das so stimmt, oder auch in die 5. Jahreszeit fällt, konnte ich nicht zuverlässig klären. Ich glaubte bisher immer, die Feuerwehr kommt nur, wenn es brennt. Ich ergriff dann jedenfalls die Gelegenheit und fragte im Rahmen der Einwohnerfragestunde nach, worum es denn eigentlich in dem zusätzlichen Tagesordnungspunkt ginge, da zumindest die Gäste aus dem bisher kundgegebenen nichts Substantielles entnehmen konnten, außer das öffentliche Gelder zur Gesundung einer Gesellschaft ausgereicht werden sollen. Auch hier der Hinweis auf den nichtöffentlichen Inhalt der Sache, obwohl Herr Gatzlaff bestätigte, daß es sich um öffentliche Gelder handele. Dann müßte es aber dazu zumindest eine öffentliche Information geben, das ist aber nur meine persönliche Meinung zu Transparenz und Demokratie.

Eigentlich war ich zur StVV gegangen, um der Bildung des Ausschusses für die Rekommunalisierung beizuwohnen, und mir die Meinung der einzelnen Fraktionen dazu anzuhören. Nach einem aufklärenden Vortrag, der dankenswerterweise auf Initiative der CDU-Fraktion von einem Fachmann gehalten wurde, er-

griff der linke Fraktionsvorsitzende Herr Sachse das Wort, um vehement in einer Erklärung die Unsinnigkeit eines solchen Ausschusses zu erklären. Es gebe schon genügend Ausschüsse und es wären nicht genügend Fachleute vorhanden, war in etwa seine Begründung, und das wäre auch die Meinung seiner Fraktion. Daß man ohne fremde fachliche Unterstützung eine Rekommunalisierung, oder auch nur eine ordentliche Konzessionsvergabe hinbekommt, dürfte wohl allen Abgeordneten klar geworden sein. Warum also gerade die Linken gegen einen solchen Ausschuß stimmten, bleibt ihr Geheimnis. Zumindest seinen Parteigenossen sollte Herr Sachse seine Ablehnung begründen. Zur Ehrenrettung möchte ich erwähnen, daß zumindest der Linken-Abgeordnete Sponner für den Ausschuß gestimmt hat. In der Abstimmung wurde dann der Bildung des Ausschusses auch mehrheitlich zugestimmt, ich hatte jedoch den Eindruck, daß die Stadtverwaltung darüber nicht sehr erfreut war, kann mich aber auch täuschen, da man auf der Empore gewissermaßen über den Dingen sitzt.

Obwohl sich die Linken gegen die Bildung des Ausschusses ausgesprochen hatten, bekommen sie auf Grund des Verteilerschlüssels zwei Plätze im Ausschuß. Das setzt der Narretei die Krone auf, zumindest moralisch wären die Linken verpflichtet, auf ihre Sitze zu verzichten, um engagierteren Abgeordneten die Möglichkeit zur Mitarbeit zu gewähren.

Nach dem Erlebten hat sich meine Einstellung zur Parlamentarischen Demokratie leider weiter verschlechtert. Vor den Wahlen zu Parlamenten wird das Wahlvolk von den Parteien hofiert und mit allerlei Versprechungen zur Wahl gelockt. Ist die Wahl vorbei und die Parlamentssitze sind verteilt, ist der Wähler nicht mehr gefragt, die Versprechungen sind vergessen, über wichtige Dinge darf der Abgeordnete seine Wähler nicht unterrichten. Was wichtig ist, bestimmt die Tagesordnung oder irgendein Gesellschaftsgesetz.

Mit anderen Worten, der Wähler soll zu Hause bleiben und fernsehen, möglichst irgendwelche blödsinnigen Beiträge, um ihn restlos zu verdummen und den letzten Rest an politischem Interesse oder kommunalem Geschehen zu rauben. Da müssen sich die politischen Parteien nicht wundern und fragen, warum immer weniger Leute zur Wahl gehen und das letzte Fünkchen Glaubwürdigkeit an die Politik und ihre Vertreter verglüht, egal welcher Partei sie angehören oder wessen Interessen sie vertreten wollten.

BERND POMRAENKE

## Öffentliche Abstrafung

In einer Eilabstimmung hat die Eberswalder Stadtraktion der Linken am 21. Februar die sofortige Abberufung von Carsten Zinn aus allen Gremien beschlossen. »Anlaß dafür waren«, so die Mitteilung der Fraktion, »öffentliche Herabsetzungen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung eingeschlossen der eigenen Fraktion«. Der Abberufungsantrag von Volker Passoke erhielten die Fraktionsmitglieder drei Tage vorher. Eine Anhörung des Delinquenten gab es nicht, obwohl die kritisierten Äußerungen bereits drei Wochen zurücklagen. Die MOZ informierte inzwischen ausführlich.

Die Wortwahl von Carsten Zinn, insbesondere bezüglich Frau Dr. Brauns, war tatsächlich nicht angemessen. Es ist gut, daß er sich dafür öffentlich entschuldigt hat. Läßt man die bösen Worte beiseite, scheint Zinns Kritik jedoch eine gewisse Berechtigung zu haben. So beruht der Vorwurf, die Eberswalder StVV sei in ihrer Mehrheit nicht Kontrollorgan, sondern eher »Abmickenrichtung« der Verwaltung, auf der alltäglichen kommunalpolitischen Erfahrung. Doch ist das leider seit Jahren der Normalzustand in Eberswalde. Der Lerneffekt nach dem Korruptionsskandal um den früheren Bürgermeister Schulz blieb marginal. Die heftigen Reaktionen verraten viel davon, wer sich so in seiner beschaulichen Ruhe gestört fühlt.

Jemanden als altersdement zu bezeichnen, gehört sich nicht. Aber Angelika Röder (SPD) offenbart ganz sicher gewisse Erinnerungslücken, wenn sie meint, vor 1989 hätten die Eberswalder Kreisleitungen von SED und FDJ solche unpassenden Worte in ihren Statements verwendet. Da trifft doch eher zu, daß diese Statements selber »blutleer und schleimig« waren. Es war doch damals gerade diese Blutleere, die wir viel zu lange ertragen hatten.

Hardy Lux (ebenfalls SPD) ist zuzustimmen, daß solche Kultur nicht Einzug halten sollte. Allerdings verwundert, daß er und andere, die sich jetzt empören, den Ausfällen von Bürgermeister Friedhelm Boginski gegenüber Carsten Zinn auf der Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar (BBP 2/2011) nicht mit gleicher Vehemenz entgegengetreten sind. Zumal Boginski ganz nebenbei mit seiner Weigerung, auf Zinns Fragen zu antworten, massiv in die kommunalrechtlich garantierten Fragerechte der Stadtverordneten eingegriffen hat.

Schließlich darf nicht unter den Tisch fallen, daß die kritisierten Bemerkungen von Carsten Zinn in dem eMail-Forum mit sehr beschränkter Öffentlichkeit (bbp-nachrichten@yahoo-groups.de, aktuell 29 Mitglieder) als unmittelbare Reaktion auf den erwähnten MOZ-Artikel vom 29./30. Januar versandt wurden.

Zinns Abberufung aus Ausschuß und Aufsichtsrat habe, wird der LINKEN-Fraktionsvorsitzende zitiert, »nichts mit Abstrafung zu tun, nichts mit mundtot machen oder Unfähigkeit, sich mit abweichenden Meinungen auseinanderzusetzen«. Ja, womit denn sonst?

GERD MARKMANN

## Speerwert und Mehrwert

Als Minister galt er als harter Hund und als Fachmann. Auch erfreute er sich einer gewissen Popularität. Nicht zuletzt deshalb, weil er sich gern mal auf dem Fahrrad, wandernd oder auf Volksfesten zeigte – immer bereit, mit dem Mann aus dem Volke ein Bier zu trinken. Um die höfische Kleiderordnung kümmerte er sich wenig. Gebot der Anlaß, im feinen Anzug aufzutreten, sah man ihm das Unbehagen deutlich an. Jeans und Karohemden waren ihm lieber. Speer mochten die Leute.

Bis dann die Tage kamen, an denen aus Munkeleien Tatsachen wurden: Günstlingswirtschaft, Umgehung der Alimentenzahlung, unsaubere Immobiliengeschichten. Und der Minister, wissend um die Milde seines Intimfreundes Platzeck, leugnete zunächst, räumte dann ein und wiegelte ab. Er gab nur zu, was unwiderlegbar war. Ein probates Verfahren – vorgeführt schon von »IM Sekretär« (Manfred Stolpe) in der leidigen Stasi-Angelegenheit, von Günti »Ananas« Krause in der Putzfrauengeschichte, vom sog. Quereinsteiger und -denker Biedenkopf, als die Rede auf sein Feilschen um drei Euro Preisnachlaß bei IKEA kam.

Gedrängt und geschubst und – natürlich – schmollend, nahm Speer dann die Rote Karte entgegen und legte sein Ministeramt nieder. Trotzig beharrte er jedoch auf seinem Landtagssitz. Was wohl kaum mit der Gier nach demokratischer Mitbeteiligung, aber sehr mit der nach Geld zusammenhängen dürfte.

Den lieben Brandenburgern und Innen kamen rasch die Sympathien für Speer abhandeln. In den SPD-Ortsvereinen wurde Unmut laut. Der Versuch, die Angelegenheit auszusitzen, scheiterte, und als hinter den Türen ein spezieller Deal ausgehandelt worden war, verließ der wackere Volksvertreter endlich auch das Parlament. Die Wogen schienen geglättet. Bis ruchbar wurde, daß Speer fürderhin mit knappen 10.000 Euro Monatspension auskommen muß für mehr als zehn Jahre. Summa summarum macht das knapp anderthalb Millionen. Bezahlte Freizeit für einen kerngesunden, kraft- und saftstrotzenden Mitbürger, der deshalb, so hieß es, in die Arbeitslosigkeit gehen mußte, weil sich kein geeignetes Amt im öffentlichen Dienst für ihn gefunden habe. Nicht als Briefträger, als Personenschützer für Platzeck, als Pförtner. Untauglich für alles, was irgendwie nach Arbeit riecht. Der Mann war mal Minister! Ein Depp also, ein Unfähiger, befand mit über die Geschicke eines ganzen Bundeslandes. Schwer vermittelbar!

Anderswo würden die Leute auf die Straße gehen. Anderswo hätte der Koalitionspartner der SPD möglicherweise sein Veto eingelegt, aber die Linke hatte gerade mal wieder mit sich selbst zu tun. Eine gewisse Schläfrigkeit macht sich breit. Und wie die Dinge derzeit liegen, wird die auch anhalten, wenn demnächst der ungeeignete Speer in einem Aufsichtsrat oder als Berater einer Großfirma auftaucht.

Dr. STEFFEN PELTSCH

## Für Polizeifragen nicht zuständig

Viele BBP-Leser erinnern sich bestimmt noch an die Aufregung, als bekannt wurde, daß die Polizei im Land Brandenburg umstrukturiert werden soll und in den nächsten Jahren nicht nur 1.900 Planstellen gestrichen, sondern auch Dienststellen geschlossen werden sollen. Alle Landräte tönnten unisono: »Nicht bei uns!« Man wollte uns glauben machen, daß wir viel zu wenig Polizei haben und die Beibehaltung der bisherigen Stärke lebensnotwendig, ja überlebenswichtig ist. Leider blieben uns Landesregierung und Landrat eine stichhaltige Begründung und konkrete Zahlen schuldig. Trotzdem wurden die Barnimer Kreistagsabgeordneten veranlaßt, eine Resolution an die Landesregierung zu verabschieden in der letztlich steht, daß besonders wir hier möglichst viel Polizei brauchen. Der Kreistag war auch ganz brav und hat diese Resolution, die eigentlich eine Petition war, auf den Weg gebracht. Andere Kreistage haben das wohl auch getan. Niemand stellte sich offenbar die Frage, warum sich der Landrat um dieses Problem kümmert. Seine Zuständigkeit in Sorge um das Wohl der Menschen schien selbstverständlich.

Niemand kann sich allerdings der Binsenweisheit verschließen, daß immer weniger Brandenburger auch nur weniger Polizei bezahlen können. Angesichts der Tatsache, daß unsere Polizeikräfte in erster Linie durch Minderheiten – ich nenne sie einmal Außenseiter – gefordert und gebunden werden, haben wir es hier mit einem echten Problem zu tun, das wir nicht kleinreden sollten.

Inzwischen gibt es nun schon den dritten Innenminister, der die Polizeireform durchsetzen will. Das Thema ist also noch nicht vom Tisch.

Als Kreistagsabgeordneter wollte ich deshalb einfach mal wissen, wieviel Polizei wir im Barnim wofür brauchen und und ob wir im Vergleich noch gut oder schon schlecht dastehen. Deshalb stellte ich dem Landrat im November 2010 folgende Fragen:

1. Wieviel Polizeibeamte sind in Deutschland je 1000 Einwohner durchschnittlich erforderlich um den mindestnotwendigen Bedarf abzudecken?
2. Wird diese Zahl im Barnim erreicht, über- oder unterschritten?
3. Herrschen im Barnim besondere Bedingungen, von der Durchschnittszahl abzuweichen?
4. Wie groß ist die Abweichung praktisch und -wenn zutreffend - welche Gründe gibt es dafür?
5. Wieviel Polizeibeamte sind im Landkreis Barnim angestellt und hier ständig tätig?
6. Wieviel Polizeibeamte aus dem Barnim stehen für deutschlandweite Sonderaufgaben zur Verfügung?
7. Werden aus dem Barnim für deutschlandweite Einsätze Polizeibeamte abgezogen und -wenn ja – wie viele maximal?
8. Wieviel Polizeibeamte werden durchschnittlich ausschließlich für den Personenschutz hochrangiger Personen eingesetzt? Wieviele

Personen aus staatlichen und privaten Sicherheitsdiensten kommen noch dazu?

9. An wieviel Tagen im Jahr stehen alle Polizeikräfte hier vor Ort zur Verfügung?

10. Wurden Polizeibeamte aus dem Barnim auch gegen Bürger in Baden-Württemberg, etwa Demonstranten gegen das Projekt Stuttgart 21, eingesetzt. Wenn ja: wie viele und für welche Aufgaben?

11. Wurden Polizeibeamte aus dem Barnim auch z.B. gegen Demonstranten im Wendland oder anderswo eingesetzt zur Sicherung der Atommülltransporte? Wenn ja: wie viele und für welche Aufgaben?

12. Durch welche Maßnahmen wird gewährleistet, daß auch bei Abwesenheit wesentlicher Teile der im Barnim erforderlichen Polizeikräfte hier Sicherheit und Ordnung garantiert sind?

Leider wurden die Fragen im November nicht mehr behandelt. Die auf 30 Minuten begrenzte Fragestunde der Abgeordneten war einmal mehr mit Anfragen aus der Fraktion der Partei DIE LINKE ausgefüllt, die – dank eines gut funktionierenden Büros, das ja der Kreis, also der Steuerzahler, finanziert – ihre Fragen früher eingereicht hatte. Nun mußten meine Fragen – ich bin ja nur ein einzelner, fraktionsloser Abgeordneter, der kein »Büro« hat – bis zum Februar 2011 warten. Die Fragen wurden alle verlesen und dann kam die Überraschung.

Der Landrat läßt durch seinen zuständigen Dezernenten erklären, daß er diese Fragen nicht beantworten kann, weil er darüber keine Informationen habe. Für solche Fragen sei er nicht zuständig. Nun frage ich mich allerdings, woher der nicht zuständige Landrat wußte, wieviel Dienststellen und Wachen und Polizeibeamte wir im Barnim brauchen, um dem Innenminister klar zu machen, daß er bei uns nicht streichen darf.

Eines habe ich allerdings begriffen: Solche Fragen berühren ein sehr sensibles Thema. Der Fragesteller will möglicherweise kontrollieren. Kontrolle ist nicht erwünscht. Aber ich bin doch nun einmal gewählt, um zu kontrollieren und auch Fragen zu stellen!

Nun bin ich gespannt, wann der Landrat demnächst wieder etwas zur Polizeipräsenz im Barnim zu sagen hat. Ob ich ihn dann nach seiner Zuständigkeit frage?

Angesichts zunehmender Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft und bedrückender, hemmungsloser Brutalität von Straftätern würde ich schon gern wissen, ob und wie ich für meine Steuergroschen geschützt werde. Oder ist es am Ende gar nicht Aufgabe der Polizei, mich zu schützen? Wen kann ich fragen? Da der Landrat nicht zuständig ist – vielleicht ist es der Innenminister? Vielleicht bekomme ich von dem Antwort? Einen Versuch wäre es wert! Oder interessiert das sonst niemanden? Das halte ich jedoch für unwahrscheinlich.

JOHANNES MADEJA,

Kreistagsabgeordneter BVB/Freie Wähler

## Rücksichtsloses Vorgehen der WHG

Massiver Kahlschlag am Rande des Eberswalder Leibniz-Viertels

**Eberswalde (bbp).** Am Rande des Leibniz-Viertels, zwischen Wohnbebauung und Finowkanal (nahe und hinter den Häusern Breite Str. 104 und 105), ist Anfang Februar auf den Grünanlagen ein massiver Kahlschlag betrieben worden. Heckengehölze wurden durch schwere Gerätschaften herausgerissen und Bäume gefällt. Die gerodeten Strauch- und Baumgruppen stellten eine von wenigen Refugien der Nachtigall im Innenstadtbereich dar. »In diesem Jahr wird man sie nun an dieser Stelle nicht mehr singen hören«, sagt der bündnisgrüne Stadtverordnete Dr. Andreas Steiner, der die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner auf den Kahlschlag aufmerksam machte.

Das Grundstück gehört der Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG). Die stadteigene WHG hat die beiden Häuser Ende 2010 erworben und will nun die Gebäude sanieren und eine Fassadendämmung anbringen. Das Wandbild am Giebel des Hauses Nr. 104 soll dabei erneuert werden.

Der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises (UNB) lag seitens der WHG ein Antrag zur Fällung von drei Lärchen und einer Weide vor. »Die Baumweide (im besiedelten Bereich) unterliegt nicht der Baumschutzverordnung«, informierte UNB-Mitarbeiter Eckart Pätzold. Für die drei Lärchen sei eine Genehmigung mit entsprechender Ersatzaufgabe erteilt worden. »Einerseits haben die Lärchen den Blick auf die Malerei verstellt«, so Pätzold zu den Gründen der Fällung, »andererseits ist die Fläche für die Baustelleneinrichtung nötig«.

Gefällt wurden jedoch nicht nur die Bäume vor der Giebelfassade. An der Rückseite der Grundstücke fielen sieben große Bäume der Kettensäge zum Opfer. Mindestens vier weitere Bäume und diverses Buschwerk, beides erst in



Das obere Bild zeigt die Rückfront der Grundstücke im April 2010. Im Bild unten ist zu sehen, in wie »großzügig« seitens der WHG »Baufreiheit« geschaffen wurde.

den 90er Jahren im Rahmen öffentlicher Gründflächengestaltung angepflanzt, fielen der Beräumungsaktion ebenfalls zum Opfer. Auch ein Sandkasten, der Rest eines einst dort befindlichen Spielplatz, wurde planiert. Diese Bäume und Büsche wuchsen, wie die Pappeln, außerhalb der abgegrenzten Grundstücksfläche auf. Womöglich hat die WHG hier in die Eigentumsrechte anderer eingegriffen. Von dem sinnlos angerichteten ökologischen Schaden ganz abgesehen.

## Polizei eskalierte in Dresden

Enkelmann (DIE LINKE) erstattet nach Anti-Nazi-Demo Anzeige

Mehrere Demonstranten, die von Strausberg aus am 19. Februar zur Anti-Nazi-Demo gefahren waren, sind von der Polizei durch Pfefferspray an den Augen verletzt worden. Einem von ihnen wurde danach jede medizinische Hilfe verweigert. »Das mußte ich in der Dresdner Liebigstraße aus nächster Nähe erleben«, berichtet die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE). »Dort setzten die Polizeikräfte ohne jede Vorwarnung Pfefferspray sowie scharf gemachte Hunde gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten ein.« Sie selbst wurde beim Vorgehen der Polizei grob zu Fall gebracht.

»Der weit überwiegende Teil der Demonstrantinnen und Demonstranten in Dresden verhielt sich friedlich und gewaltfrei. Dagegen ging die Polizei unverhältnismäßig hart und rücksichtslos vor. Aus diesen Gründen habe ich Anzeige wegen Kör-

perverletzung im Amt gegen die Polizei erstattet«, erklärt Enkelmann. Ihr Ausweis als Bundestagsabgeordnete, der ihr u.a. besondere Auskunftsrechte von öffentlichen Behörden einräumt, wurde von den Polizeikräften völlig ignoriert. »Die Polizei verhinderte damit gezielt, daß insbesondere linke Abgeordnete deeskalierend wirken konnten. Nicht nur mir drängte sich der Eindruck auf, daß es zumindest Teile der Polizei gezielt auf eine Konfrontation mit den Demonstranten und Demonstrantinnen anlegten.« Auch um die gerichtliche Aufklärung solcher Vorgänge zu erleichtern, fordert Enkelmann eine Kennzeichnungspflicht für Bundespolizisten. Es führe auch kein Weg daran vorbei, einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot zu nehmen. »Der Verfassungsschutz sollte endlich seine V-Leute aus der NPD abziehen«, betont Enkelmann.

BÄRBEL MIERAU

Montagsmaler vom Mühle e.V.:

## Kunstaktion »Matisse«

Das Restaurant »Matisse« in der Innenstadt von Eberswalde ist nicht nur eine erste Adresse für gepflegte Gastlichkeit sondern auch für ungewöhnliche kulturelle Höhepunkte. Der Inhaber Thomas Steinberg hat nun eine neue Aktion gemeinsam mit den Malern und Zeichnern vom Eberswalder Kunstverein Zainhamermühle e.V. geplant. Im März wird ein Hauch vom Pariser Flair des 19. Jahrhunderts durch die Gaststätte wehen und das »Matisse« jeweils Montagabend in eine Künstlerkneipe verwandeln.

Ab Montag, den 7. März können die Gäste den Kunstaktivisten über die Schulter schauen und den Entstehungsprozeß eines Bildes hautnah miterleben. Unter anderem stellen sich Catrin Sternberg, Ines Frank, Nicole Will, Inga Carriere, Andreas Bogdain, Ernst-Christian Rapp und Reinhard Wienke den kritischen Blicken der Kneipenöffentlichkeit. Neben diesem harten Kern der Gruppe sind weitere Profis und Freizeitkünstler immer herzlich willkommen. »Vielleicht finden über diesen Weg auch Zeichenbesessene der jüngeren Generation einen Anschluß an unsere Gemeinschaft«, hofft Initiator Reinhard Wienke.

Der Keramiker Ernst-Christian Rapp aus Chorin ist sich sicher: »Ein besonderer Reiz wird für den Zuschauer in den unterschiedlichen Handschriften und verwendeten Materialien der beteiligten Akteure liegen. Die Spanne reicht von der klassischen Bleistiftzeichnung bis zum expressiven Aquarell.« Die freiberufliche Künstlerin und Malschulleiterin Catrin Sternberg, die die Fäden der Montagsmaler in der Hand hält, erläutert den Ablauf: »An jedem Montag im März beginnt das Kunstspektakel um 18 Uhr und dauert mit kleinen Pausen bis etwa 21 Uhr. Dabei haben die Porträtzeichner mehrere Runden von etwa 20 Minuten zu absolvieren«. Und der Choriner Künstler und Galerist Andreas Bogdain ergänzt mit einem verschmitzten Lächeln: »Bei Interesse können sich spontan Entschlossene zeichnen lassen und sich damit einen Platz in der 'Galerie der Eberswalder Originale' sichern. Das Modell stehen ist kostenlos. Aber natürlich besteht auch die Gelegenheit, daß die Porträtierten ihr künstlerisches Konterfei käuflich erwerben. Die Preise für diese Originale fangen bei 20 Euro an, sind aber je nach Künstlerhandschrift und Technik nach oben hin offen.«

Das Porträtzeichnen soll in weiteren Aktionen münden. Diese werden rechtzeitig der Öffentlichkeit mitgeteilt. Im September ist dann eine Bilderausstellung »Eberswalder Originale« im Matisse mit einem Querschnitt der entstandenen Porträts geplant.

Das »Matisse« macht seinem Namensgeber, dem französischen Maler Henri Matisse wirklich alle Ehre. Und die Künstler bestellen sich nach getaner Arbeit sicher in Gedenken einen Wohlsinnenden Absinth.

VERONIKA BRODMANN

Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu sanitären Einrichtungen. Weil das so ist, haben wir sog. Millenniumsziele formuliert. Eines davon heißt, daß die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, bis zum Jahr 2015 halbiert werden soll. Der eine oder andere Fernsehsender wird zum Welttag des Wassers Beiträge ausstrahlen, in denen wir sehen können, wie schlimm die Lage z.B. in Somalia, in Nicaragua oder in der Osttürkei ist. Fast immer ist nur die Rede von Entwicklungs- und Schwellenländern. Eine kreisansässige Bildungseinrichtung, die sich Hochschule für nachhaltige Entwicklung nennt, wird uns vielleicht mitteilen, daß sie Wasserprojekte in der Mongolei und in China betreut. Das was wir da lesen und sehen können ist alles richtig. Leider trifft es auch zu, daß die Millenniumsziele bereits jetzt in weite Ferne gerückt sind. Wir werden sie nicht erreichen können, wird uns mitgeteilt und die Gründe dafür werden gleich mitgeliefert. Das alles kostet wahnsinnig viel Geld und dann gibt es da ja auch noch den Klimawandel.

Die meisten Menschen bei uns interessiert das alles wenig. Sie drehen den Wasserhahn auf und haben Trinkwasser satt, so satt, das sie das meiste davon benutzen, um damit ihren Abfall wegzuspülen. Eine Selbstverständlichkeit, ärgerlich nur, daß sie dafür immer mehr bezahlen sollen. Sie bemerken kaum, daß wir in Deutschland fleißig daran arbeiten, diese Selbstverständlichkeit zu riskieren.

Wassernutzung, Wasserverwertung, sparsamer Umgang mit Wasser, kleine Wasserkreisläufe, abwasserfreie Grundstücke – das alles kommt im Gesetz nicht vor und das gibt es also gar nicht. In den Vorschriften gibt es nur den Kanal und den zentralen Trinkwasseranschluß. Beides gilt als Inbegriff des Fortschritts und wird uns gar als umweltgerecht verkauft. Die so genannten Abwasserbeseitigungskonzepte der Zweckverbände bestehen im wesentlichen daraus, daß den Bürgern irgendwann mitgeteilt wird, daß sie sich an den neu gebudelten Kanal anzuschließen haben, was natürlich kostet, weil es ja so gut und fortschrittlich ist und natürlich bequem. Die Gebührensysteme sind so gestrickt, daß sparsamer Umgang mit Wasser bestraft wird. Schmutzwasser – immerhin ist das auch noch Süßwasser – wird eingesammelt und, mehr oder weniger gut gereinigt, dann über die Flüsse ins Meer geleitet, so beseitigt und damit zu Salzwasser. Im Sommer lesen wir dann etwas über einen Blaualgentepich auf der Ostsee, den es ohne die Nährstoffe aus dem Abwasser nicht geben würde und vielleicht gibt es auch mal wieder eine Robbenpest in der Nordsee. In Singapur macht man aus dem Süßwasser, das wir hier Abwasser nennen, wieder gutes Trinkwasser. Das haben wir nicht nötig. Wir fördern unser Trinkwasser aus immer größeren Tiefen (Grundwasser ist knapp geworden!) – so lange, bis das Salzwasser, das da unten liegt, nach oben steigt.

## Welttag des Wassers 2011

**Am 22. März begehen wir den Welttag des Wassers. Das Motto in diesem Jahr lautet: Wasser für die Städte – Antwort auf urbane Herausforderungen. Einige überregionale Zeitungen werden redaktionelle Beiträge drucken, in denen wir alle Jahre wieder immer die gleichen Sätze lesen dürfen: Wasser ist ein wertvolles Gut. Wasser ist Allgemeingut und darf keine Handelsware sein. Mit Wasser muß man sparsam umgehen. Wasser ist Leben, denn ohne Wasser gibt es kein Leben. Alle Menschen haben ein Recht auf sauberes Trinkwasser. Wichtig ist das Recht auf sanitäre Grundversorgung.**

Jetzt sind wir dabei, diesen Vorgang zu beschleunigen. Die eine Methode heißt Fracking. Da werden große Mengen Wasser, versetzt mit Chemikalien, in tiefe Bodenschichten gepumpt, um Erdgas nach oben zu drücken. Genehmigungen dazu haben die Bergämter Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens klammheimlich erteilt, ohne die Wasserbehörden zu fragen und natürlich ohne die Bevölkerung zu informieren. Warum sollte man die Menschen beunruhigen? In den USA wird seit langem ge-frackt, das ist ein gutes Geschäft. Jetzt sind die Trinkwasserbrunnen verdorben, wohl für immer, was natürlich nichts mit dem fracken zu tun hat! Doch soll dort fracken nun verboten werden, zu spät, wie ich meine.

Wir hier in Brandenburg sind gerade dabei, eine besondere Variante des Frackens zu erproben. Sie heißt hier CCS-Technologie und unserem Wirtschaftsminister von der Partei DIE LINKE kann das gar nicht schnell genug gehen. Kohlendioxid aus Braunkohlekraftwerken soll da unten gelagert werden. Wenn man etwas in den Erdboden hineinpumpt, dann kommt auch wieder etwas nach oben. Die Warnungen von Wissenschaftlern vor dem dann sehr wahrscheinlich aufsteigenden Salzwasser werden von Herrn Minister genau so ignoriert wie die Bedenken und Sorgen der Bür-

ger z.B. der Stadt Beeskow. Die Umweltministerin – von der gleichen Partei – interessiert sich wohl nicht so sehr für Wasserprobleme. Die Landesregierung hat aber ganz sicher erkannt, daß hier Probleme auf sie zukommen. Vorsorglich wird deshalb ganz schnell etwas Geld eingesammelt, erstmal 320 Millionen Euro Altanschließerbeiträge zur Weiterleitung an die Banken – der Schuldenmanagementfonds braucht Geld! Schließlich wollen ja die Banken wieder Kredite ausreichen, vielleicht dann für die Beseitigung der Kollateralschäden der CCS-Technologie.

Nur werden die Bürger nicht bereit sein, für Wasseranschlüsse, die sie schon einmal bezahlt haben, die sie in vielen Fällen sogar selbst gelegt haben, noch einmal zu bezahlen. Insoweit sind unsere Wasserprobleme mit denen in Afrika durchaus gleichzusetzen – es geht um Geld, nur um Geld, viel Geld! Wer sich vornimmt, in Zukunft weniger oft die Möbel zu wechseln (um die herzustellen braucht man viel Wasser!), weniger Fleisch zu essen, besonders aus Argentinien, und auf Rosen aus Kolumbien zu verzichten – mit dem für deren Herstellung erforderlichen Wasser könnte man dort besser Nahrung erzeugen – der hat begriffen, worum es am Welttag des Wassers geht!

JOHANNES MADEJA

## Das Wasser soll im Land bleiben!

**So will es ein für 5 Jahre ausgelegtes Verbundprogramm von Instituten, Universitäten, Hochschulen und Wasserbetrieben des Landes Brandenburg und Berlin.**

Wenn diese Zeitung in die Hände der Leser kommt, hat die Eröffnungsveranstaltung im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde am 8. März, ab 14.30 Uhr, schon stattgefunden. Bedauerlich dabei ist, daß es weder an die starke Bürgerbewegung »Wasser-Abwasser« der Stadt Eberswalde bzw. des Landes Brandenburg und auch den Vorkämpfer für eine nachhaltige Wasserwirtschaft, Herrn Prof. Dr. W. Ripl, eine Information oder Einladung zu dieser, für uns sehr wichtigen Veranstaltung, gegeben hat. Seit mehr als einem Jahrzehnt bemühen sich die »Wasserbewegten« des Kreises Barnim um eine wissenschaftlich und politisch unterstützte Lösung oder zumindest ein Programm für eine nachhaltige Wasserpolitik im Land Brandenburg per Gesetz. In ungezählten Veranstaltungen, Demo's, praktischen Beispielen, juristischen Auseinandersetzungen und skandalösen Vorgängen – auch mit Polizeigewalt gegen Bürger – wurde und wird von der Landesregierung und den Wasserbetrieben versucht, dem

progressiven, nachhaltigen Umgang mit dem kostbaren Gut »Wasser« entgegenzuwirken. Großflächige Kanalisation ohne Ende, Ableitung des gereinigten Wassers ins Meer, Voranstellung von wirtschaftlichen Interessen anstelle Nachhaltigkeit werden Grundwasserreserven rücksichtslos angegriffen und von Wasserbetrieben gar zur Verschwendung durch Aufrufe zur Verwendung des Trinkwassers für Gartenbewässerung aufgefordert.

Ein Jubelschrei müßte jetzt angesichts des Großprojektes unter der maßgeblichen Leitung des ZALF Müncheberg bei den »Wasserbewegten« ausbrechen. Leider gibt aber die Zusammensetzung der zur Eröffnung geladenen Institutionen und Einrichtungen viel Grund zur Skepsis. Die Bürgerbewegung wird die Augen offen halten und bei passenden Gelegenheiten über den Werdegang berichten.

Sollte der Weltwassertag in diesem Jahr die große Wende der Wasserpolitik herbeiführen?

HELMUT BRAUNSCHWEIG

## Warum ich gegen den Kreishaushalt 2011 gestimmt habe

Die Wiederwahl von Bodo Ihrke zum Landrat nach gescheiterter Direktwahl und nach drei erfolglosen Wahlgängen im Kreistag am 21. April 2010 erst durch Losentscheid war schon eine besondere Story, die für einen Augenblick auch Herrn Ihrke nachdenklich gemacht hatte. Aber schon am nächsten Tag nahm er die Wahl an. Nach dem Interview, das er an jenem Tag der MOZ gab, schienen alle Zweifel verfliegen. Die große Zustimmung zu dem am selben Tag beschlossenen Haushalt 2010 wertete Herr Ihrke auch als Zustimmung zu seiner persönlichen Politik und so erklärte er: »Der Haushalt ist die in Geld gemeißelte Umsetzung der Ideen, die man hat. Die Zustimmung war groß, also auch die Unterstützung.«

Oder mit anderen Worten: Trotz fehlender politischer Zustimmung für seine Wiederwahl betrachtete Ihrke die Zustimmung zum Haushalt 2010 als Zustimmung für seine Politik. Diese Politik wird mit dem Haushaltsentwurf 2011 fortgesetzt und fand nach mäßiger Diskussion in den Gremien bei nur wenigen Gegenstimmen die Zustimmung des Kreistages.

Die Verwaltung wurde auch in diesem Jahr nicht müde, in der Haushaltsdebatte immer wieder zu erklären, daß der Landkreis Barnim der Musterknabe unter den Landkreisen in Brandenburg ist, der es besser als alle anderen versteht, mit der vergleichsweise geringeren Finanzausstattung die Aufgaben solide zu lösen und den Kommunen mehr Leistungen zu bieten, als Ihnen mit der Kreisumlage abgenommen wird. Das sind aktuell 10,8 Mio Euro, wobei es es 2010 noch 14,5 Mio Euro Mehrleistungen für die kommunalen Zwecke waren. Es sind also rund 4 Mio weniger geworden!

Ist der Bedarf geringer geworden? Wer muß nun auf Leistungen verzichten? Die Leistungs-

empfänger? Oder tragen die Kommunen nun an Stelle des Kreises die Kosten? Ist der Landkreis nur Durchreicher von Landesmitteln oder sieht er sich selbst in der Verantwortung für die Kommunen?

Es ist hinreichend bekannt: Der Bund läßt dem Land Mehrkosten auf oder kürzt die Zahlungen an die Länder; das Land kürzt die Zuweisungen an Landkreis und Kommunen und läßt ebenfalls Kosten bei diesen ab. Die Kommunen »sparen« (besser gesagt »streichen«) bei den freiwilligen Ausgaben und schränken ihre Leistungen für die Bürger ein. Den letzten beißen die Hunde, und das sind die Bürger.

Schon der Haushalt 2010 war gekennzeichnet durch weniger Schlüsselzuweisungen, Absenkungen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, Kita-Mehrkosten usw. Doch statt nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, lautete die Devise: Dank unserer Reserven halten wir noch ein Jahr durch, also bis dahin »weiter so«. Danach muß uns dann etwas einfallen! Nun ist dieses Jahr um und es steht die Frage: Was ist uns denn nun eingefallen?

Gehörte eine Aufgabenkritik nicht auch zu den notwendigen Schlußfolgerungen des Landkreises, so wie diese von den Kommunen gefordert wird, um ihre Haushalte zu sanieren. mußten nicht auch im Landkreis alle Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand?

Es ist schon verwunderlich, mit welcher relativen Großzügigkeit Investitionen geplant werden, als hätte der Landkreis eine komfortable Finanzausstattung. Es gehört nicht viel Überzeugungskraft dazu, Investitionen in Schulen zu investieren. Das sind Investitionen in die Zukunft. Trotzdem muß auch die »Bildungs offensive« ausgewogen sein. Gut, wenn der Landkreis ein Beispiel gibt, aber darf er dabei die

Kommunen zurück lassen? 15 Millionen in Schulgebäude und mehr als 3 Mio Euro allein für eine »zukunftsweisende Medienausstattung« der Schulen in Trägerschaft des Landkreises in den nächsten 2-3 Jahren lassen ein Zweiklassensystem der Bildung entstehen: Kreisschulen – Gemeindeschulen. daß diese Investitionen zudem auch noch zu einer fragwürdigen Zentralisierung der Schulen führen, führe ich dabei nur am Rande an, ebenso wie die Frage, ob die pädagogischen Konzepte der staatlichen Schulen noch zeitgemäß sind.

Bei diesem lockeren Finanzmitteleinsatz auf der einen Seite verwundert andererseits, daß der Landkreis die Stadt Oderberg auf den Kosten der Hangsanierung sitzen läßt. Auch daß sich der Landkreis nicht zum Optionsmodell nach dem SGB II durchgerungen hat, war letztlich eine Entscheidung gegen die Chancen zur Einflussnahme auf die Arbeitsmarktentwicklung, um finanzielle Risiken zu vermeiden.

Die Forderungen, die ich bereits bei der Haushaltsdebatte 2010 gestellt habe, werden auch mit dem Haushalt 2011 nicht erfüllt.

- Maximale Schonung der kreislichen Reserven in Form der Rücklagen durch einen sofortigen Sparkurs (Aufgabenkritik).
- Minimierung der Kreisumlage, des größten Postens in den Kommunalhaushalten.
- Alle laufenden und geplanten Projekte auf den Prüfstand stellen mit dem Ziel eines möglichen Stops oder wenigstens mit der Minimierung der Aufwendungen.

Deshalb habe ich dem Kreishaushalt 2011 nicht zugestimmt. Ich mache es mir auch weiterhin zur Aufgabe, die Finanzpolitik des Landkreises äußert kritisch zu hinterfragen und über notwendigen Kurswechsel anzumahnen.

ALBRECHT TRILLER

## Es sind nicht die Kritiker, die politikverdrossen machen

Was Karin Wagner, auf der Internetseite der Barnimer LINKEN irrtümlich als Eberswalder Stadtverordnete bezeichnet, dort am 22. Februar 2011 in der Rubrik »Aktuelles« von sich gab, ist sowohl auf den ersten als auch auf den zweiten Blick sehr verwunderlich (www.dielinke-barnim.de). Daß sie die Kommentatorin eines wegen des Anzeigengeschäfts stark von der städtischen Obrigkeit und der mit dieser verflochtenen sogenannten »Wirtschaft« abhängigen Anzeigenblatts zur Kronzeugin ihres Diskussionsbeitrages macht, war bislang in der LINKEN ebenso unüblich wie die Anrede eines Genossen mit »Herr«.

Genossin Wagner bezieht sich auf einen »derart umfangreichen Fragenkatalog« des LINKEN Stadtverordneten und Ortsvorstehers im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde Carsten Zinn, den dieser in der Stadtverordnetenversammlung 27. Januar 2011 gestellt hatte. Konkret handelte es sich um zwei Anfra-

gen mit einmal fünf und einmal sechs Fragepunkten (www.eberswalde.de, Sitzungsdienst).

An welcher Stelle konkret hier Genossin Wagner »Vermutungen und Anfeindungen« entdeckt, läßt sie leider offen. Aber darum geht es ihr offenbar auch gar nicht. Sie will dem Delinquenten »Sensationshascherei« und Profilierungssucht unterstellen. Belegen muß man das nicht, wo doch der Denunziationszweck auch erfüllt ist, wenn bloße Behauptungen aufgestellt werden.

Doch die Denunziation ist nur das eine. Genossin Wagner watscht hier nicht nur einen mißliebig gewordenen Genossen und LINKEN-Stadtverordneten ab (statt sich inhaltlich mit ihm auseinanderzusetzen). Sie stellt mit ihrer Äußerung generell das demokratische Recht auf Anfragen als demokratisches Mittel der politischen Auseinandersetzung und der Kontrolle der Verwaltungen in Frage. Hier hört das »Hauen und Stechen« im Kinderkrippen-

Sandkasten auf. Hier werden im parteiinternen Hahnen- und Hennenkampf demokratische Grundsätze der LINKEN zur Disposition gestellt (vgl. »Liebknechts Kleine Anfragen«, Politische Briefe Nr. 12 v. 27.1.1916, in: Spartakusbrieft, Dietz Verlag Berlin 1958).

Die sogenannte Politikverdrossenheit hat ganz sicher nicht ihre Ursache in kritischen Anfragen und Diskussionsbeiträgen, wie Genossin Wagner suggeriert, sondern vielmehr in der versuchten Gleichschaltung oder Unterdrückung von unbequemem, oppositionellen und kritischen Querdenken.

GERD MARKMANN

Dieser Beitrag ging als Replik auf die Wortmeldung von Karin Wagner an den Webmaster von www.dielinke-barnim.de. Zwar wurden dort inzwischen (bis 6.3.) weitere Artikel veröffentlicht, aber nicht dieser. Das verwundert.

Gedenktag im Februar:

## Schild und Schwert

Zum Schutze des Arbeiter- und Bauernstaates wurde am 8. Februar 1950 das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gebildet. Die drei Monate zuvor gegründete DDR brauchte ein zuverlässiges Sicherheitsorgan. Es herrschte der kalte Krieg. Mit ihrer »Roll Back«-Strategie wollten die USA die inzwischen zur Großmacht aufgestiegene Sowjetunion aus Zentraleuropa herausdrängen. Mit dem am 25. Mai 1949 verkündeten Grundgesetz und den ersten Bundestagswahlen am 14. August 1949 hatte sich im Westteil Deutschlands ein Separatstaat konstituiert, in dem die »Befreiung der Sowjetzone« auf der Tagesordnung stand.

Mit Säure wurden Maschinen unbrauchbar gemacht, Sprengladungen an Telefonverteilern angebracht und Eisenbahnbrücken zur Sprengung vorbereitet. Auf dem Lande brannten die Scheunen, sogar das Getreide auf dem Halm wurde angezündet, um dem friedlichen Aufbauwerk in der DDR zu schaden. Diese Verbrecher, die unser ruhiges Leben stören wollten, wurden in der Regel gefaßt.

Der Schutz der fleißigen Arbeit der Menschen in der DDR war Hauptaufgabe der Mitarbeiter des MfS. Wenn sich heute in der BRD gewisse Personen mit der Arbeit und der Wirkungsweise der Mitarbeiter des MfS nicht abfinden können, ist das eigentlich ihre Sache. Doch erfüllt die von ihnen ausgehende Hysterie vor allem den Zweck, von den vielen aktuellen Mißständen in der BRD abzulenken und vieles zu vertuschen. Allerdings will die ständige Hetze gegen das MfS und ihre Mitarbeiter kaum jemand mehr hören. Mit dieser Hetze wird es nie zu einem einigen Deutschland kommen. Im Gegenteil, es werden tiefe, sehr tiefe Gräben geschaffen in den Köpfen der Deutschen in ganz Deutschland.

Die Menschen wollen soziale Sicherheit, eine auskömmliche Arbeit in Frieden. Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit waren in der DDR Fremdworte. Die heute Herrschenden sind nicht in der Lage, den auf Almosen angewiesenen Arbeitslosen eine lebenssichernde und zukunftsichere Tätigkeit nachzuweisen.

Die Menschen haben die Nase voll. Mit der Arbeitslosigkeit und dem geringen Verdienst, mit den Sparmaßnahmen und der ständigen Verteuerung auf allen Gebieten, ist die Grenze erreicht, was in vielen Ländern durch Revolten zum Ausdruck kommt. Die Liste der Unzufriedenheit ist lang, daß eine Rückbesinnung auf die DDR, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden mit einer menschlichen, eben sozialistischen Ordnung, wo eben die Mitarbeiter des MfS großen Anteil an den Errungenschaften hatten, nicht verwundern kann. Wir Älteren können den Kindern und Enkelkindern die Wahrheit vermitteln, wie wir durch die kapitalistische Konterrevolution um Jahrzehnte zurückgeworfen wurden.

NORBERT GLASKE

## Über den Kommunismus

»Er ist das einfache, das so schwer zu machen ist!« schrieb Bert Brecht in einem seiner Verse. Warum? So fragen sich viele, wenn es doch so einfach ist? Ein Blick in die früheste bis in die jüngste Entwicklung unserer menschlichen Gesellschaft, wie ihn viele Philosophen und andere Wissenschaftler in der Geschichte getan haben, erhellt die Frage. Ungewollt stößt man beim Studium schnell auf die Entwicklung des Eigentums und der damit entstandenen Konflikte dicht siedelnder Menschen untereinander, die zudem – im Gegensatz zu anderen Individuen auf dieser Erde – das Denken gelernt haben.

Sie haben sich im Laufe der Jahrtausende, basierend auf praktischen, machbaren und erkennbaren Erfahrungen und Gegebenheiten, Regeln und Gesetze schließlich zum Umgang miteinander geschaffen. Unwissenheit war es oft, höhere Mächte in die Überlegungen einzu beziehen, um rationell Unerklärliches »glaubhaft« einer Lösung zuzuführen. Wie Nietzsche daraus schlußfolgerte, entstanden so die Wolfsgesetze: der Stärkere frißt den Schwächeren. Aus Stärke, Aneignung (gerecht oder ungerecht) und Denkkraft entstanden schon frühgeschichtlich Regeln und Gesetze, die das Ziel hatten, bestehende Zustände zu sichern, das heißt: die bestehenden Machtstrukturen gegen konkurrierende Ansprüche zu sichern (Konservatismus). Da kamen zu Zeiten des emporstrebenden Bürgertums Philosophen daher, die die Tauglichkeit der bisherigen Weltanschauungen und der damit in Verbindung stehenden Ableitung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse – auch gesetzlicher Regelungen des Umgangs der Menschen untereinander – in Frage stellten (Revolutionäre).

Die schlimmsten Feinde der Konservativen waren dabei Karl Marx und Friedrich Engels, die sich erlaubten, die Erkennbarkeit der Welt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse anzuwenden. Der Ruf: »Die Welt ist veränderbar!« traf die Mächtigen tief ins Herz. Mit dem Er-

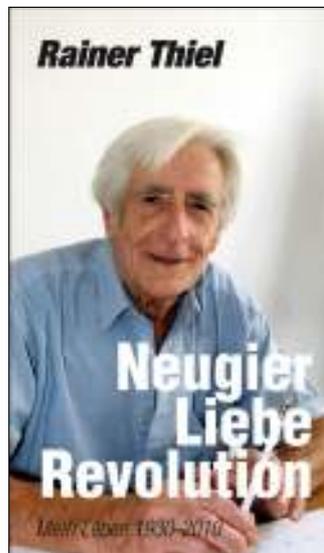
scheinen der theoretisch fundierten Lehren über die Möglichkeit der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, dem Kommunismus – im Ansatz praktiziert in der »Pariser Kommune« – wurden alle Register gezogen, um das erstarrende Proletariat mit allen Mitteln zu bekämpfen. »Ein Gespenst geht um in Europa. Das Gespenst des Kommunismus!«

Alle Besitzenden, besonders die herrschenden Mächtigen, fühlten und fühlen sich bis heute angegriffen. Sie verteidigen ihre Bastionen, um eine Beseitigung ihrer Vormachtstellung nicht zuzulassen. Unter einem solchen Aspekt muß man auch den mißlungenen glücklosen Großversuch des Realsozialismus verstehen. Ausgehend vom problematischen jungen Sowjetstaat, der sich, von allen Seiten bedrängt, ohne Erfahrung in der Staatsführung gegen eine Welt von Feinden behaupten mußte, erfaßte die Idee des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft ein Drittel der Menschheit. Der Versuch scheiterte in Europa unter großen Opfern und gibt zu tiefem Nachdenken über die wahren Ursachen Anlaß.

Es bleibt die Verpflichtung, die guten berechtigten Forderungen nach einer gerechten klassenlosen Gesellschaft mit neuen starken Argumenten zu belegen, um eine echte Alternative zum menschenverachtenden, nur auf Profit bedachten, überholten System des Kapitalismus zu bieten. An den Händen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung klebt mehr Blut als es die Menschheit vertragen kann. Es fließt unter seinen Machtpositionen weltweit und tagtäglich.

Denen, die von der Richtigkeit der Lehren von Marx und Engels überzeugt sind und sich dafür einsetzen, bleibt nur »Lernen, lernen und nochmals lernen«, um die (noch!) bestehenden Möglichkeiten demokratischer Freiheit zu nutzen und sich nicht unterkriegen zu lassen, wenn versucht wird, sie einzuschränken oder zu unterdrücken.

HELMUT BRAUNSCHWEIG



Thiel erlebte drei Arten von Kindheit – am Anfang Neugier und Liebe, am Ende die Bomben. Das machte Lust auf Revolution. Thiel sah die DDR als seinen Staat und ist deshalb mehrmals gefeuert worden: Er war zu faul im Schwindeln und hat Neues eingefädelt. So kam er zu seinen Abenteuern. Thiel wurde auch nach der DDR geschnitten, weil er den Untergang tiefer ausgelotet hat: Viele Schneider wuschen ihr Fell ohne es naß zu machen. Thiel hatte schon seinen Betreuern von der Sicherheit gesagt: »Ihr müßt mal das Politbüro observieren«, worauf die Genossen entgegneten: »Da kommen wir leider nicht ran.« Das war Mitte der achtziger Jahre. Da war Thiel schon längst im Gange, um die sog. Erfinderschulen als Schulen des Aufrechten Ganges zu entwickeln. 1986 sagte ihm der Parteisekretär des Instituts, aus dem er gefeuert worden war: »Du warst der Einzige von uns, der es richtig gemacht hat.« Thiel wurde auch später geschnitten, stets will er Bürger-Initiative. Eine prominente Politikerin meinte, Thiel will »einen Flächenbrand auslösen«. Na und? Wer die Bürger schneidet ist im Buch dokumentiert. Thiel macht weiter und will die Montags-Demos wieder beleben.

Rainer Thiel: »Neugier, Liebe, Revolution – Mein Leben 1930-2010«, edition ost Verlag am Park 2010, ISBN 978-3-89793-248-7, 22,90 Euro.

## »Kein Platz für Demokratie«

**Nachdem sich im Januar die Ebeswalder Stadtverordnetenversammlung erneut mit dem Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen beschäftigte, stand dieses Thema nun auch im Kreistag auf der Tagesordnung. Die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hatte einen Änderungsantrag (Vorlage II-70-7/2010) zum Gesellschaftsvertrag der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft mbH (BDG) eingebracht. Dabei ging es neben der Transparenz in dem kommunalen Unternehmen um die Besetzung des Aufsichtsratsvorsitzenden.**

Durch die Verlagerung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften mit privater Rechtsform und nichtöffentlich tagenden Aufsichtsgremien wird die demokratische Kontrolle durch die Bürgerschaft und die Medien eingeschränkt. Daß die Kreistagsparteien auch im Aufsichtsrat der BDG entsprechend dem politischen Kräfteverhältnis vertreten sind, kann die öffentliche Debatte kommunaler Angelegenheiten nicht ausreichend ersetzen. Demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger setzt einen transparenten Beratungsablauf voraus. Die Übertragung kommunaler Aufgaben in eine privatrechtliche Rechtsform darf nicht dazu führen, daß die Kommunalpolitik schrittweise der öffentlichen Debatte entzogen wird.

Im allgemeinen Rechtsverständnis hat sich die Auffassung festgesetzt, wonach das GmbH-Gesetz keinen Platz für Transparenz hat, da die GmbH eine private und keine öffentlich-rechtliche Gesellschaft ist. Diese Auffassung ist aber irrig. Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof hat in einem entsprechenden Urteil (VGH 4 BV 05.756) gesagt, daß es »...nicht von vornherein mit Gesellschaftsrecht und Kommunalrecht unvereinbar... (ist)... bei den von einer Kommune beherrschten GmbHs die Verschwiegenheitspflicht von Mitgliedern des fakultativen Aufsichtsrats partiell einzuschränken«. Ferner stellte er fest, daß Art. 4 BayPrG nicht ausschließt, »den Medien nicht geheimhaltungsbedürftige Tagesordnungspunkte für Aufsichtsratssitzungen kommunaler GmbHs schon vor der Aufsichtsratssitzung bekannt zu geben.« Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof argumentiert weiterhin: »Durch die angestrebte öffentliche Diskussion von Bürgern und Stadträten über die im Aufsichtsrat zu behandelnden Beratungspunkte wird entgegen der Ansicht der Beklagten die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats bei einer kommunalen GmbH nicht in Frage gestellt. Mit der Regelung des § 52 Abs. 1 GmbHG hat der Bundesgesetzgeber nach dem eindeutigen Wortlaut der Vorschrift zum Ausdruck gebracht, daß er in der Einschränkung der Geheimhaltungspflicht von Aufsichtsratsmitgliedern keine Gefährdung der Autonomie des fakultativen Aufsichtsrats sieht. Hätte er eine solche Gefahr gesehen, so hätte er die Geheimhaltungspflicht nicht für bestimmte Gesellschaften als dispositives Recht ausgestaltet.«

Weil es bisher keine Entscheidungen in gleicher Angelegenheit in Brandenburg gibt, lehnten die Kreistagsabgeordneten den Änderungsantrag mit großer Mehrheit ab. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Kreistagsabgeordneten sich gegen mehr Transparenz ausgesprochen haben. Das Argument, sich mit Geheim-

haltung gegen die Konkurrenz zu schützen, greift nicht. Die BDG ist eine Gesellschaft zur Daseinsvorsorge, die nicht mit anderen Unternehmen im Wettbewerb steht. Die private Rechtsform der GmbH dient nur der zweckmäßigen Organisation des Unternehmens.

Wie wollen Aufsichtsratsmitglieder ihre Verantwortung als Vertreter ihrer Wähler wahrnehmen, wenn sie an eine uneingeschränkte Verschwiegenheitspflicht gebunden sind? Erst die beantragte Einschränkung der Verschwiegenheitspflicht ermöglicht ihnen, Gegenständen mit öffentlichem Charakter in ihren Fraktionen und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beraten, auch wenn die Sitzungen selbst dem GmbH-Gesetz entsprechend nichtöffentlich bleiben.

Der Dezernent Dr. Mocek erklärte zu dem Antrag, ein Aufsichtsrat sei kein demokratisches Gremium, kein Ausschuß und keine Fraktion. An dieser Stelle sei kein Platz für Demokratie. Er machte damit deutlich, welches Demokratieverständnis die Kreisverwaltung in dieser Frage hat. Der Antrag zur Transparenz sei nicht gesetzeskonform, erklärte auch das Rechtsanwaltsbüro Dombert auf Nachfrage. Man darf gespannt sein, wie die Kommunalaufsicht des Landkreises auf die Frage der Stadt nach der Rechtslage zur sinngemäß gleichen Vorlage der Fraktion Die Fraktionslosen in der StVV beantwortet. Vielleicht ergibt sich daraus die Möglichkeit einer verwaltungsrechtlichen Klärung.

Sollten Transparenz und Bürgerbeteiligung in kommunalen Unternehmen in privater Rechtsform nicht zu gewährleisten sein, dann stellt sich die Frage nach der Eignung der privaten Rechtsform. Auch die Bestellung eines Aufsichtsrates wird dann zur Farce und zum (überflüssigen) demokratischen Aushängeschild.

Teil des Änderungsantrages war auch die Frage, wer Vorsitzender des Aufsichtsrates werden kann. Nach dem Gesellschaftsvertrag soll der Landrat bzw. der von diesem beauftragte Beschäftigte des Landkreises Barnim dem Aufsichtsrat vorsitzen. Doch gemäß der neuen Kommunalverfassung (§ 97) ist, anders als in der alten Gemeindeordnung, der Landrat oder der von diesem beauftragte Beschäftigte nun zwingend Vertreter des Gesellschafters in kreiseigenen Unternehmen. Ist der Gesellschaftsvertreter nun zugleich auch noch Vorsitzender des Aufsichtsrates, so hat er sehr große Befugnisse, Aufgaben und Pflichten. Dahinter stehen die übrigen Aufsichtsratsmitglieder weit zurück.

## Seen-»Paket« ist unsittlich

Die Forderung der Bundesregierung ans Land Brandenburg, für die Übertragung des Seen-»Paket« aus Bundesbesitz zu bezahlen, ist für die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) nach wie vor »unsittlich«. Sie verlangt von der Brandenburger Landesregierung, weiter auf eine kostenlose Übertragung der Seen zu beharren, die sich noch in der Hand der Treuhandnachfolgerin BVVG befinden.



»Auch wenn die deutsche Einheit zwanzig Jahre zurückliegt, so gibt das der Bundesregierung längst nicht das Recht, für einstiges Volkseigentum noch einmal zu kassieren«, betonte Enkelmann am Dienstag in Berlin. »Angesichts dessen sind Anpreisungen, die Seen seien im ‚Paket‘ preiswerter und möglicherweise sogar ein ‚Schnäppchen‘, nur ein billiger Verkaufstrick.«

Nach den vorliegenden Informationen soll das Brandenburger »Paket« insgesamt 140 Seen mit einer Gesamtfläche von rund 5000 Hektar umfassen. Das sind vergleichsweise rund 4 Prozent aller Seen im Land Brandenburg, die aber 10 Prozent der gesamten Seen-Fläche umfassen. Enkelmann kündigte an, daß DIE LINKE demnächst ihren Antrag zur kostenlosen Übertragung der Seen im Bundesbesitz an Länder und Kommunen (Drs. 17/239) im Bundestagsplenum zur Abstimmung stellen wird.

BÄRBEL MIERAU

Der Kreistag sollte aber seinen Handlungsspielraum zur Stärkung von Transparenz und Bürgerbeteiligung nutzen, statt die Machtfülle in den Händen von Verwaltungsangestellten noch auszuweiten. Deshalb hatte die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde vorgeschlagen, daß eines der vom Kreistag bestimmten Aufsichtsratsmitglieder den Vorsitz übernimmt und damit die Arbeit und Verantwortung auf breitere Schultern verteilt und das demokratische Element des vom Kreistag bestimmten Aufsichtsrates stärkt. Aber auch diesen Teil des Antrags hat die Kreistagsmehrheit abgelehnt.

Diese antidemokratischen Entscheidungen der Kreistagsmehrheit in Übereinstimmung mit den verantwortlichen Verwaltungsangestellten muß Demokraten mit Sorge erfüllen.

ALBRECHT TRILLER, Fraktion Grüne/  
Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

## Koloniale Unterwerfung und Befreiungskampf

Ab 1800 begann die brutale Aggression der Europäer gegen die türkisch beherrschte Bevölkerung Nordafrikas. Die Region war keine leichte Beute. Franzosen, Italiener, Briten brauchten Jahrzehnte, bis in verlustreichen Kämpfen das Herz der Sahara erreicht war. Das Inland wurde nie völlig beherrscht. Guerillakämpfe, heftige Aufstände, Massendemonstrationen, Streiks ließen den Kolonialmächten keine Ruhe. Nachdem die Unterworfenen im zweiten Weltkrieg für ihre Herren geblutet hatten, war die Unabhängigkeitsbewegung zwischen Atlantik und Nil nicht mehr aufzuhalten. 1952 stürzte die ägyptische Armee die von den Briten abhängige Monarchie. Nasser nationalisierte den Suezkanal. Ägypten wurde Basis für die übrigen Befreiungsbewegungen. Bis 1956 erzwang die Neo-Destour-Partei unter Habib Bourguiba schrittweise die Unabhängigkeit Tunesiens. In Algerien nahm die Befreiungsfront FLN 1954 den bewaffneten Kampf auf. Aus Partisanentrupps entstand die Befreiungsarmee. Der blutige Algerienkrieg endete erst 1962 (Abkommen von Evian). Libyen wurde 1951 nominell unabhängig. Doch behielten die französischen, britischen und US-Besitzer ihre Militärstützpunkte (Tripolis, Wheelus, Tobruk), bis eine Armeeerhebung sie 1969 zum Abzug zwang, unter deren Führern Oberst Muammar el Gaddafi.

Die Kolonialmächte leisteten zähen Widerstand, benutzten korrupte Feudalherrscher als Strohmannen, um die entstehenden Staaten zu kontrollieren und eigene Interessen zu wahren: die strategisch wichtigen Stützpunkte an den Küsten und am Suezkanal, das französische A-Waffen-Testgelände in der Sahara, die Boden-

# Nordafrika. Region im Aufruhr

**Alle sind überrascht – wirklich? Revolution oder Revolte? Mal etwas Neues: Der Westen für Gewaltlosigkeit! Sind Waffen gegen eigenes Volk schlimmer als gegen andere? Es gibt reichlich Fragen.**

schätze (Öl und Gas in Algerien und Libyen, reiche Phosphatlager in Tunesien). Viele Führer der Befreiungsbewegungen standen nach dem Krieg unter dem Einfluß der starken säkularen und antikapitalistischen Strömungen in Europa. Feudalherrscher wurden gestürzt. Bodenreformen beseitigten die feudale Abhängigkeit der Fellachen, die Macht der Feudalklasse. Banken, Industriebetriebe, Bodenschätze, Verkehrsmittel (meist in ausländischer Hand) wurden verstaatlicht. In den neuen Staaten entstand ein starker staatlicher Wirtschaftssektor mit partieller Planwirtschaft.

## Globalisierung: Welt(un)ordnung der Ungleichheit

Dieses Erbteil der Befreiung ist z.T. auch dort noch erhalten, wo inzwischen Statthalter westlicher Interessen die Macht haben. Die Region geriet schon vor 1990 in die Krise – Folge ungleicher Handelsbeziehungen und des nachholenden demografischen Zyklus, den Europa bereits durchlaufen hat. Die Daten zeigen, daß das BSP-Wachstum den Bevölkerungsanstieg nicht kompensieren konnte. Hohe Inflation, hohe Arbeitslosigkeit, in Ägypten hohes Außenhandelsdefizit, durch Tourismus nur teilweise ausgeglichen, verursachten schon 1991/92 soziale Revolten und in Algerien den Wahlsieg der radikalen Islamisten (FIS), deren Machtübernahme nur das Militär verhindern konnte. Der Kampf gegen den Terror dauert in der Region an. Hohe Einnahmen aus Öl- und Gasexporten, Wirtschaftswachstum und ver-

Die Analphabetenrate sinkt, aber zu langsam. Die Jugend ist politisch unerfahren, kampfbereit, aber ziellos. Die Ereignisse in Nordafrika sind (noch?) keine Revolution, aber eine beispiellos breite Rebellion.

## Gaddafi – mal Freund, mal Teufel

Libyen ist mehrfach eine Ausnahme. Hohe Exporterlöse, geringe Bevölkerung – reichstes Land der Region. Mitbestimmung von unten weit größer als bei den Nachbarn. Lange blieb es ruhig, die Bewegung begann schließlich im Osten, von Ägypten her. 1920 entstanden im Abwehrkampf gegen Italien die westliche Republik Tripolitanien mit dem Fezzan, im Osten das Senussi-Emirat Cyrenaika (Grenze ca. 19. Längengrad). 1943 besetzten die Alliierten die italienische Kolonie (Tripolis/Fezzan durch Franzosen, Cyrenaika durch Briten). Im Westen ist der Berberanteil höher, im Osten der Araberanteil. Dort dominierte der streng sunnitische Senussi-Orden, dessen Emir Sayed-el-Idris-el-Senussi 1951 von Besatzers Gnaden König wurde. Diese Unterschiede wirken nach.

Für USA und EU ist Gaddafis Sündenregister ungeheuerlich. Sturz des Königs, Liquidierung der fremden Militärstützpunkte, Verstaatlichungen, Unterstützung der Palästinenser gegen Israel, Bildung der Afrikanischen Union als eigene Einflußzone, Kooperation mit Venezuela, Kuba, Iran. Wie üblich: wer nicht kuschelt, ist unzurechnungsfähig, ein Irrer. Aber 2008 vollzog Gaddafi eine Wende. Außenpolitisch: Konfliktbeilegung (z.B. Lockerbie). Innenpolitisch: Privatisierungen, Abkommen mit westlichen Ölmultis (mit Gazprom auch), Massenentlassungen von Staatsangestellten (wohl eine Ursache der Proteste). Der Westen brauchte Öl, Gas, Stop von Immigranten. Gaddafi brauchte Technologie (Ölindustrie, Atomprogramm) und Geld (Infrastruktur, Sozialprogramme, Rüstung, Außenpolitik). Und siehe – sie kamen alle und lächelten: Condolezza Rice, Sarkozy, Berlusconi, Merkel, Putin. EADS-Konzern liefert Panzerabwehrraketen. Deutsche Polizisten und Soldaten bildeten Sicherheitskräfte aus (Regierung: ahnungslos). Libysch-italienische Seepatrouillen. Sitz im Sicherheitsrat (Gaddafi: Terror-Rat!). Bei allem Wandel – Nationalist ist er noch immer.

Nach dem erstem Schrecken fordert der Westen von Gaddafi »Gewaltlosigkeit«, d.h. Kapitulation, hoffen Monarchisten auf Revanche, Konzerne auf Profit. Der Propagandanebel lichtet sich schon: Nicht Schreckensregime gegen »Zivilisten«, sondern Bürgerkrieg und Intervention. Würden die USA heute auch Washington und Lincoln verurteilen, wegen Gewaltanwendung im Bürgerkrieg?

ROLF RICHTER,

Bündnis für den Frieden Eberswalde

		Algerien	Tunesien	Libyen	Ägypten
Bevölkerung (Mio)	1991	25,8	8,2	3,6	53,6
(in Millionen)	2008	34,4	10,3	6,2	81,5
Zuwachs pro Jahr	1980-91	3,0 %	2,4 %	4,1 %	2,5 %
	2009	1,5 %	0,9 %	2,0 %	1,9 %
Anteil < 15 Jahre	2008	28 %	24 %	30 %	32 %
Analphabeten	1991	43 %	35 %	36 %	52 %
Analphabeten m w	2009	19% 35%	14% 30%	37% 47%	25% 42%

**Tabelle 1: Demographie-Daten** (m/w = männlich/weiblich)

		Algerien	Tunesien	Libyen	Ägypten
BSP (in \$/Einw.)	1991	1.980	1.500	5.310	610
BSP-Zuwachs p.a.	1980-91	2,1 %	3,5 %	-5,4 %	4,5 %
BNE (in \$/Einw.)	2008	4.190	3.480	12.390	1.800
BIP-Zuwachs	2008	5,7 %	3,0 %	1,8 %	4,7 %
Arbeitslosigkeit	1992	30,0 %	15,3 %	---	17,5 %
	2006/09	10,2 %	14,2 %	30 %	9,3 %
Inflation	1992	32,0 %	5,5 %	---	35,0 %
	2008/09	5,7 %	5,0 %	2,7 %	16,2 %
Import (Mill. \$)		9,3	5,5	6,4	14,2
Export (Mill. \$)		12,6	3,8	11,2	4,3
Import (Mill. \$)	2009	39,1	18,8	23,0	50,3
Export (Mill. \$)		43,7	14,3	38,0	25,2
Tourismus (Mill. \$)	2009	---	3,9	---	12,1

**Tabelle 2: Wirtschaftsdaten**

(BNE = Bruttonationaleinkommen, neu für BSP = Bruttosozialprodukt)

## Leih- und Zeitarbeit mit Nebenwirkungen

Von der rot-grünen Bundesregierung wurden bekanntlich die gesetzlichen Grundlagen für die Leih- und Zeitarbeit geschaffen. Diese Arbeitsform hat sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht. Zahlreiche Firmen haben sich gebildet, die Arbeitnehmer auf Zeit an Unternehmer verleihen. Auch im Barnim gibt es eine große Zahl von Arbeitnehmern die zu solchen Bedingungen arbeiten. Zu Recht ist eine heftige Diskussion in den Medien um das Für und Wider dieser Entwicklung entbrannt.

Die ursprüngliche Absicht für die Leih- und Zeitarbeit bestand darin, arbeitslosen Arbeitnehmern eine Brücke zum Übergang in eine ständige Beschäftigung zu bauen und für die Arbeitgeber damit Spitzen im Arbeitsprozeß abzufangen. Diese Ziele sind leider nur im geringen Umfang erreicht worden. Relativ wenige Arbeitslose haben dadurch eine feste Anstellung gefunden und nur eine geringe Anzahl von Betrieben hat diese Regelung tatsächlich nur zur Bewältigung von Spitzen in der Produktion genutzt.

Im Gegensatz dazu waren die Nebenwirkungen sowohl für die Arbeitslosen als auch den Arbeitsmarkt kontraproduktiv und unsozial. Das wird beispielsweise daran deutlich, daß die Ausuferung der Leiharbeit zur Lohndrückerei ausgenutzt und zum Ersatz von Stammarbeitskräften durch niedrig bezahlte Leiharbeiter geführt hat. Auch ist es skandalös und zutiefst unsozial, daß die Leiharbeiter in den neuen Bundesländern – und da sind Brandenburg und Barnim keine Ausnahme – nur 44 % des Durchschnittslohnes für vergleichbare Arbeiten der Stammarbeitskräfte erhalten. Diese ausufernde Fehlentwicklung hat auch wesent-

lich dazu beigetragen, daß nunmehr 22 % der Arbeitnehmer – davon zwei Drittel Frauen – im Niedriglohnssektor arbeiten und viele Leiharbeiter bei voller Arbeitszeit Hartz IV-Zuschüsse beantragen müssen, weil sie von ihrem Lohn nicht leben können. Die rücksichtslose Nutzung von Billiglöhnen bei Leiharbeitern führt auch zu einer Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil solcher Unternehmer, die ordentliche Löhne zahlen und nicht mit Steuermitteln über Hartz IV-Zuschüsse ihre Niedriglöhne subventionieren lassen.

In der Leih- und Zeitarbeit sind deshalb dringend grundlegende Korrekturen erforderlich. Sie sollten darin bestehen, daß in der Leiharbeit der Verfassungsgrundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit nach sechs Wochen Probezeit durchgesetzt wird und daß zumindest in diesem Zweig ohne Verzug Mindestlöhne eingeführt werden, von denen man bei voller Arbeitszeit auch leben kann. Die Dringlichkeit ergibt sich auch deswegen, weil am 1. Mai 2011 die Freizügigkeit für Arbeit in der EU in Verbindung mit dem grenznahen Polen die Situation auch im Barnim weiter verschärfen würde. SPD und Grüne haben inzwischen die Notwendigkeit solcher Korrekturen – die von der Linkspartei seit Langem gefordert werden – erkannt. CDU und FDP stimmen scheinbar zu, aber mit der Maßgabe, daß die Zahlung erst nach neun Monaten erfolgt. Damit würde die Regelung fast überhaupt nicht wirksam, da die Leiharbeiter in der Regel gar nicht so lange in einem Betrieb beschäftigt werden. Es bleibt zu hoffen, daß die dringend notwendigen Korrekturen solcher Fehlentwicklung bald erfolgen.

Dr. HELMUT KOCH

## Gedenkveranstaltung



Anlässlich des 45. Jahrestages des Flugzeugunglücks der beiden Piloten B. W. Kapustin und J. N. Janow führt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde eine Gedenkveranstaltung am 6. April 2011, um 10 Uhr auf dem Garnisonsfriedhof in der Heegermühler Straße durch. Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde lädt hierzu alle Bürgerinnen und Bürger ein.

WALDEMAR HICKEL

## Neue Spartakusgruppe

**Eberswalde (bbp).** Nach den Berichten über die im Januar gegründete »Neue Spartakusgruppe« nahmen nach Aussage von Karl-Heinz Blättermann viele Bürger Kontakt mit der Gruppe auf. »Unsere Wurzeln auf kommunistischer Basis«, so Blättermann, seien auf wenig Gegenliebe gestoßen. »Die braune Pest«, hält er entgegen, sei gemeinsam von Russen, Engländern und US-Amerikanern vernichtet worden. »Die konnten sich von ihren Wurzeln her auch nicht leiden. Aber das Ziel führt zusammen!«

Die »Neue Spartakusgruppe« bestehe aktuell aus 7 Mitgliedern. An jedem ersten Montag im Monat werde es eine Kundgebung der »Neuen Spartakusgruppe« geben.

## Betroffene werden ungenügend einbezogen

Folgen des Umzuges des beruflichen Gymnasiums nach Finow

Am 26. Februar fand ein Tag der offenen Tür am Beruflichen Gymnasiums des OSZ II an der Kyritzer Straße 29 im Brandenburgischen Viertel statt. Als Ortsvorsteher nutzte ich die Gelegenheit, um mit der SchülerInnen- und LehrerInnenschaft ins Gespräch zu kommen, um Stimmungsbilder aufzunehmen und gegebenenfalls Sorgen und Probleme mitzunehmen.

Zunächst gilt dem gesamten Team des Hauses ein großes Kompliment für den sehr gut organisierten Tag der offenen Tür, der mit interessanten Programmteilen gespickt war – einschließlich der gastronomischen Versorgung aus dem schuleigenen Bistro. Die kurzen Theateraufführungen aus der SchülerInnenschaft begeisterten.

In den Gesprächsrunden mit den SchülerInnen und LehrerInnen kamen auch Sorgen und Befürchtungen zum Ausdruck, die mit dem bevorstehenden Umzug auf den Schulcampus in der Fritz-Weineck-Straße im Eberswalder Ortsteil Finow zusammenhängen. Darüber sprach

ich auch André Haase, dem neuen stellvertretenden Leiter des Eberswalder Oberstufenzentrums. Er informierte mich über den aktuellen Stand der Bauarbeiten.

Der Rohbau sollte ursprünglich bereits im Oktober 2010 stehen. Doch gab es Verzögerungen bei der Erstellung der Bodenplatte (was offenbar auch die Kosten nach oben getrieben hat). Schließlich führte der frühe Winter zur Einstellung der Arbeiten, die aber mittlerweile wieder aufgenommen worden sind.

Die Kreisverwaltung Barnim als Bauherrin nimmt bisher weder die SchülerInnen- noch die LehrerInnenschaft in der inneren Ausgestaltung des neuen Schulgebäudes insbesondere der 2. und 3. Etage mit.

Es ist zu befürchten und alle Signale deuten bisher darauf hin das scheinbar ggf. aus Kostengründen eine Reduzierung des bisherigen Raumangebotes für das berufliche Gymnasium erfolgt. Konzipiert war das neue Gebäude ursprünglich für vier Etagen. Die erste Etage ist

für die Volkshochschule Barnim vorgesehen, die zweite und dritte Etage für das Berufliche Gymnasium. Die 4. Etage wird nun womöglich eingespart. Davon betroffen wären Vorbereitungsräume für die FachlehrerInnen, der SchülersprecherInnenraum, Projekträume für das Schülertheater und anderem.

Insgesamt hörte ich aus den Gesprächen mit den SchülerInnen und LehrerInnen eine gewisse Frustration und Demotivation bezüglich des neuen Standortes heraus.

Einhellig waren sie der Meinung, daß sie lieber am bisherigen Standort im Brandenburgischen Viertel geblieben wären. Das Schulgebäude an der Kyritzer Straße war in den 90er Jahren sehr kostenaufwendig entsprechend dem geforderten Standard und den spezifischen Wünschen der NutzerInnen rekonstruiert und saniert worden. Dort herrschen exzellente Lern- und Arbeitsbedingungen.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher  
im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde

# Der Kern. Annäherung an eine Lyrikerin

von Rolf Richter

Drei Bändchen nehme ich aus dem Regal, schlage das erste auf, schaue im Impressum nach dem Ersterscheinen. Aber da steht nur »4. Auflage 1978« und »DDR 4,50 M«. Dann die Zueignungen: des einen (1977) »für Erwin«, des anderen (1983) »den Söhnen«. Das erste aber, 1973 zuerst verlegt (wovon meines die 4. Auflage), wird mit einer gedichteten »Widmung« eröffnet.

In sanfter Ironie, in liebevoller Verschmittheit konnte »Erwin« da lesen:

*Ich würde gerne etwas sagen,  
was dir gerecht wird und genügt.  
Du hast mich, wie ich bin, ertragen  
und mir, was fehlte, zugefügt.*

(Was »fehlte« denn? Und was hat er ihr – nicht hinzu – sondern »zugefügt«?). Sie räumt ein, es sei »nicht leicht, mit mir zu leben«, nie habe sie sich »ganz ergeben«.

*Doch ich hab viel für mich behalten.  
Und dich ließ ich mit dir allein.  
Und du halfst mir, **nich** zu gestalten  
und: gegen dich **mir** treu zu sein.*

Dialektik der Gemeinsamkeit. Dialektik der Selbstbehauptung: »Wir... suchen das Mächtige, das uns treibt, in Freiheit umzuwandeln«. Aber »Es läuft auf Unterwerfung hinaus. / Quer dürfen wir uns nicht stellen, /sonst zerreißt es uns, und die Wege sind kraus.« (Einklang!) Ist da etwa ein doppelter Boden? Und immer wieder »Ich halte mich. Ich bleibe fest... / Verführt vom Leben, lebe ich. / Und wirfts mich: Ich erhebe mich.« (Leben!).

Wenn einen erst »der Rasen deckt«, ertönen die Nach-Rufe. Wenigstens die hört man dann nicht mehr. Bei RBB-Inforadio klang das etwa so: Im Schulzenhof, im Schatten des renommierten Hausherrn (vielleicht gar heimlich im Schuppen?) schreibt jemand unversehens Lyrik. Schwer zu fassen für den (westberliner) Kulturredakteur Harald Asel: Zwei Millionen Auflage für eine Lyrikerin, (aber) – vornehmlich bei Ostdeutschen (aha!) und – vornehmlich bei Frauen (na ja!) – Naturlyrik – Gefühlsllyrik. Drei Abwertungen? Von Weiberpoesie war nicht direkt die Rede. Man stelle sich vor: die Todesnachricht kam von gestern auf heut morgen, am Abend war der Nachruf zu senden. Wenn der Mann Asel in Eile die Buchtitel durchging: Die eine Rose überwältigt alles – Ich mach ein Lied aus Stille – Mondschneg liegt auf den Wiesen – Heliotrop', oder die Gedichttitel: Kiefernwind – Ginster – Mittsommer I – Johanniskraut – Landschaft – Grillenlied – Libelle, dann war das leicht in ein Schubfach zu ordnen. Sie schrieb ja wirklich Naturlyrik, beste sogar: »Ein Spinnwebfaden in goldener Luft, / den Mücken umflirnt wie arabische Lettern.« (Ornament!) oder: »Ich mach ein Lied aus Stille /und aus Septemberlicht. /Das Schweigen einer Grille /geht ein in mein Gedicht.«<sup>2</sup> Solche Qualität ist der Heines ebenbürtig, war den Heine-Preis wert.

Aber dem Titel »Der Amsel« (nicht: die Amsel), folgt ein Gedicht über Dichtung: »Wie sehr bewundere ich / die nach Regeln gebauten Gedichte. / Das Metrum bezaubert mich / und die richtig gesetzten Gewichte ... Zum Teufel mit den

klassischen Formen, / wenn der Junigrünwind weht / und der Amsel zersingt mir die schönsten Normen, / weil er nichts vom Singen versteht!... Was soll ich mich da um Sonette sorgen? Ich mach einfach ein Gedicht.«<sup>1</sup> Naturlyrik? Da hilft keine Rubrik.

Und erst dies: »Meine Gedichte soll man nicht bei Banketten, / sondern in der Küche lesen. / Ich sympathisier nicht mit Sekt-Etiketten, / sondern mit Schrubber und Besen... / Ich stamm eben her von Hansen und Stoffeln / und achte den wirklichen Schweiß / Noch immer mehr als den summierten.« (Bürde!). Eine deutliche Ansage, nein Absage an gewisse Leute mit Sektkelchen, oder auch ohne... Sie konnte noch deutlicher und etwas unfriedlich werden, wenn »andre versuchen ihr Spiel zu treiben / mit mir, die Dichtung nicht wollen, / nicht Dichtung, sondern verwertbare Sätze. / Sie pressen Tendenz aus der Poesie. / Und plötzlich erklären sie mich zum Genie / und weisen auf die oberen Plätze / im ihnen hörigen Dichterhimmel / und bitten mich, darauf Platz zu fassen?« (Deutsch-Deutsch<sup>3</sup>) Ob das »diese plötzlichen Gönner« gelesen haben, »zuständig« für Literatur in rheinischen Redaktionen und Berliner Büros?

Schwärmerisch? Nüchtern? Bitter? Sie schreibt überaus genau und sachlich: »Unsterblichkeit: schön. Aber tot ist tot... Solange man sieht, ist die Rose rot. / Solange man atmet / ist Luft.« (Sterblich!). Zum Schluß bleiben nur Fragen. Aber die haben es in sich, an denen wird sie uns noch arbeiten lassen. Zumal sie selbst keine Antworten zu geben bereit ist (Am

Ende wird alles zu einfach zum Sagen. / Am Ende heißt reden überhaupt schweigen. / Und selbst mit Blicken die Richtung zu zeigen, / ist schon so falsch wie die Antwort auf Fragen. Am Ende<sup>3</sup>). Es ist geradezu unfair. Sie wirft uns förmlich die Brocken vor die Füße, und nun müssen wir damit zurecht kommen:

*So sag doch einfach die Wahrheit:  
Wenn es Nacht war, wird es Tag ...  
Wenn man gelebt hat, muß man sterben.  
Vielleicht ist der Kern der Tod?  
Wer wird die Welt erben?  
Wer ißt unser Brot?  
Werden alle lernen zu denken?  
Haben alle dazu Zeit?  
muß man die Menschen lenken,  
damit man sie befreit? (Der Kern!)*

Naturlyrik? Ja, wenn der Tod Natur ist, vielleicht Kern der Natur. Aber schließlich hilft bei diesen Gedichten alles Kategorisieren nicht weiter, weil sie schlicht das Menschlichste ansprechen, die Schönheit, die Bitternis des Lebens... Der Band »Heliotrop« beginnt mit dem Gedicht »Am Ende«. Er schließt mit einem Vierzeiler unter dem einfachen Titel »Das«.

*Mein Gott, mein Gott, das Leben geht,  
der Juni und die Jugend gehen.  
Wenn man auch manches fast versteht,  
**Das** wird man niemals ganz verstehen.*

1 - Eva Strittmatter: Die eine Rose überwältigt alles. Aufbauverlag Berlin 1977

2 - Eva Strittmatter: Ich mach ein Lied aus Stille. Aufbauverlag Neue Texte 1973.

3 - Eva Strittmatter: Heliotrop. Aufbauverlag 1983.

## 1. Eberswalder Völkerball-Turnier der Toleranz

Die Eberswalder Zonenboys, die LINKE. Kreisvorstand Barnim und der Underground Pokerclub veranstalten am 26. März in der Zeit von 9 bis 18 Uhr in der Sporthalle Finowtal, Schorfheidestr. 30, 16227 Eberswalde (Brandenburgisches Viertel) das 1. Eberswalder Völkerball-Turnier der Toleranz.

Die drei Veranstalter rufen alle Vereine, Schulen, Parteien und Organisationen unserer Stadt und unseres Landkreises auf, sich an diesem Turnier zu beteiligen. Beweisen wir gemeinsam Toleranz gegenüber allen Mitbewohnern in unserer Stadt und in unserem Landkreis.

Für Verpflegung und Unterhaltung während des Turniers ist gesorgt.

Anmeldungen und weitere Informationen unter: [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de) oder per eMail an: [zonenboys@freenet.de](mailto:zonenboys@freenet.de). Wir freuen uns auf Euch und auf Eure Teilnahme.

MIRKO WOLFGRAMM



## **Lösung eines dringlichen logistischen Problems im Afghanistanfeldzug**

»Also, ich weiß nicht, was ich von dieser Geschichte halten soll, es ist unglaublich, was man sich so in der Spiegelkantine erzählt, wo ich neulich zu Gast war. Die Leute haben ja gründlich recherchiert über Gutenberg und die Bild-Zeitung, die seltsame Mesalliance von Uradel und Boulevard. Aber auch der Spiegel ist vorsichtig geworden und schreibt nicht mehr alles, was er weiß, sondern nur noch, was er schwarz auf weiß beweisen kann. Das ist in gewissen Situationen, ich sag mal in delikaten Situationen nicht viel. Deshalb ist mein Gewährsmann auch verbittert, daß seine Story nicht im Magazin gebracht wurde. Na ich erzähl sie Ihnen, vielleicht haben Sie in der taz ja dafür Verwendung.«

»Auch die taz legt Wert auf Recherche und Belegbarkeit, Herr Schweyk, das sollten Sie eigentlich wissen. Wir sind ein seriöses Haus. Wir sind kein Boulevard. Unserer Prozeßstatistik ist positiv, obwohl uns durchaus auch mächtige Institutionen am Zeug flicken wollten«, schmallippig und mit einem leicht empörten Unterton setzte die Tazzlerin ihre Worte.

Schweyk nimmt einen langen Zug aus dem Schwarzbierglas.

»Aber Gnädigste, darum geht's doch gar nicht, wir sind doch hier nicht im Seminar für Presserecht, es geht um eine interessante Geschichte, wie wir sie vielleicht so schnell nicht mehr hören werden. Also entspannen Sie sich, hörns einfach zu:

Als ein allseits bei seinen Lesern beliebter Bildkolumnist den Verteidigungsminister zu Gutenberg auf seiner letzten Afghanistanstour begleitete – da kochte gerade die Plagiatsaffäre hoch – da führte er am Rande des Besuchs ei-

gene Recherchen über mögliche Versorgungsmängel bei der Truppe durch. Die Soldaten, die die derbe Ausdrucks- und unverblühte Rede-weise des Journalisten schätzen und seine Einstellung ihnen gegenüber ja aus eigener täglicher Lektüre kennen, zeigten sich sehr gesprächig und berichteten von geradezu ungläublichen Versorgungsmängeln, was nun so gar nicht mit den Erfolgsmeldungen, die er täglich im eigenen Blatt lesen konnte, harmonieren wollte. Er kam also arg ins Grübeln.

Die Soldaten mißdeuteten seinen zweifelnden Gesichtsausdruck und zerren ihn deshalb auf einem schlammigen Weg an den Rand des Feldlagers, wo sich ein aus rohen Brettern mehr schlecht als recht zusammengezimmeres zugiges Latrinenhäuschen befand. Ein Soldat öffnete die schräg in den Angeln hängende Tür und ein anderer stieß den Journalisten mit den Worten hinein: »So sieht das nämlich in Wirklichkeit aus, mit der Menschenwürde des Bürgers in Uniform...«

Irritiert blickte der Journalist um sich, dann sah er die aktuelle Ausgabe der Bildzeitung, fein säuberlich in handliche DIN A5 Blätter geschnitten auf dem Nagel hängen. Obenauf sein Kommentar mit dem drastischen Rat aus der Gosse, den er dem Verteidigungsminister während der Plagiatsaffäre und dem Streit um die Doktorwürde jovial zugerufen hatte.

Er rappelte sich wieder hoch, trat aus dem Häuschen, nahm aber bei seinem Abgang die Blätter von Nagel und steckte sie in seine Jackentasche, damit sein sauberer Kommentar nicht beschmutzt würde. Die Soldaten verfolgten diese Enteignung des Allernötigsten mit mißbilligenden Blicken. Plötzlich lag Feind-

schaft in der Luft. Da faßte sich ein Obergefreiter ein Herz und sagte: »Aber bitte, so ist das nicht gemeint, das ist kein Angriff auf Ihre Zeitung, aber was sollen wir machen, bei diesen logistischen Problemen?«

»Keine Bange Kinder, ich helf euch«, antwortete dieser leutselig, »das bleibt aber unter uns, damit es keinen Ärger gibt«, und riß mit diesen Worten das in den letzten Tagen häufig in den Medien zitierte Vorwort aus dem ihm vom Verfasser persönlich anvertrauten Rezensionsexemplar der Gutenbergschen Dissertation und steckte die 20 Seiten auf den Nagel. Dann drückte er den geflederten Dissertationsdruck dem wackeren Obergefreiten in die Hand: »Du garantierst den Nachschub, bis hier die Logistik wieder stimmt, die Papierqualität ist ja 1 a, der Rest ist Schweigen!«

Da wußten die Soldaten, das ist kein leerer Schwätzer, kein Blender, sondern einer, den man beim Wort nehmen kann, weil er meint, was er sagt.«

Die Tazzlerin schüttelt den Kopf, »Schweyk, das ist unglaublich, das haben Sie sich ausgedacht oder ihr Ghostwriter- das werd ich mal beim AGA (Amt für Gesprächsaufzeichnung) recherchieren, dann sind Sie blamiert.«

»Ich erzähl doch nur, was mir erzählt wurde, in der Spiegelkantine, in Hamburg. Ich weiß nicht, ob das AGA auch dort präsent ist«, wehrt Schweyk ab, um schmunzelnd hinzuzufügen: »Literarisch ist das unappetitlich, das geb ich Ihnen sofort zu. Vielleicht sollten wir die ganze Geschichte besser vergessen.

Noch vor der Krieg zu Ende ist am Freitag, nachm Krieg um sechs im Kelch.«

*mitgeschrieben von HARTMUT LINDNER*

## **Esel und Herdenschutzhunde als Leibwächter vor dem Wolf**

Nun sind die ersten Vertreter über 100 Jahre nach der Ausrottung endlich wieder da. Der Wolf kommt nach Hause. Auch wenn für viele der Wolf noch immer für das Böse schlechthin steht und einige am Rotkäppchensyndrom leiden, der Wolf gehört hier her. Nur eine möglichst große Artenvielfalt läßt unsere arg geschundene Natur wieder gesunden.

daß der Wolf Menschen ohne Grund angreift, gehört wohl eher in das Reich der Märchen. Wenn sie bedrängt werden, dann reagieren sie wie alle Tiere aggressiv.

Ansonsten sind Wölfe so scheu, das man wohl eher von Glück sprechen kann, wenn man einmal im Leben einen echten, freilebenden Wolf begegnet ist.

Ein wirkliches Problem ist unsere Haustierhaltung. Gerade bei der Freilandhaltung fühlt sich der Wolf wie im Schlaraffenland. Und auch Wölfe lieben es bequem. Warum also anstrengend ein flüchtendes Tier jagen, wenn der Mensch die fetten Weidetiere schon zusammengetrieben und eingepfercht bereitgestellt hat.

Aber das Problem ist gar nicht so neu und lösbar. Bereits im Mittelalter mußten die nomadisch lebenden Hirten und Viehhalter ihre Tiere gegen Angriffe von Wolf und Bär schützen. Als besonders bewährt hatten sich sogenannte Herdenschutzhunde, große, schwere, massive und furchtlose Tiere, die allein durch ihr Auftreten Raubtiere verscheuchten aber auch, wenn es darauf ankam, blitzschnell angriffen.

Heute sind die mächtigen Herdenschützer wieder gefragt. Als solche werden sie allerdings nicht geboren. Die Hunde kommen als Welpen in die Herden, erleben dort ihre Sozialisierungsphase und fühlen sich als Mitglieder der Herde. Sie arbeiten ohne Kommando völlig selbstständig. Der WWF hat ein Pilotprojekt für »mobile« Herdenschutzhunde ins Leben gerufen. Diese Eingreiftruppen bestehen aus zwei Teams mit je zwei Hunden, die zusätzlich zu ihrer eigentlichen Ausbildung trainiert wurden, auch fremde Herden zu schützen. Auch in Brandenburg sollen in Kürze solche Herdenschutzhunde zum Einsatz kommen.

Zwei Teams des WWF stehen dafür bereits einsatzbereit.

Andere Länder wie Namibia und Kanada haben den Esel als Herdenwächter entdeckt. Esel haben ein sehr feines Gehör, sehen ausnehmend gut und haben ein hervorragende entwickelten Geruchssinn.

Sie melden sofort, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Warnrufe eines Esel dringen kilometerweit. Gegenüber Herdenschutzhunden haben Esel den Vorteil, daß sie keine besondere Ausbildung benötigen, sich viel schneller an neue Bezugspersonen und Herden gewöhnen und viel genügsamer in der Haltung sind. Bekannt ist der Esel als Herdenschützer bereits seit Jahrtausenden. Leider werden die jahrhundertelangen Erfahrungen unserer Vorfahren im Umgang mit und nicht gegen die Natur in unserer heutigen, schnelllebigen Zeit oft viel zu wenig anerkannt und geschätzt.

Aber vielleicht sehen wir ja auch in Brandenburg bald mehr Esel auf den Weiden als Wachesel für Schafe und Co.

*NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V.*

# Finanzmärkte bändigen, aber wie?

Podiumsdiskussion mit Sven Giegold und Josef Keil am 11. März

Am Freitag, dem 11. März, lädt der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema »Finanzmärkte bändigen, aber wie?« nach Eberswalde ein. Als Gesprächspartner werden Sven Giegold, Gründungsmitglied der globalisierungskritischen Bewegung »attac« und Mitglied des Europaparlaments und Josef Keil, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Barnim, erwartet. Beginn der Veranstaltung ist um 19 Uhr in der Aula der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (FH). Die Aula befindet sich auf dem Stadtcampus in der Friedrich-Ebert-Straße 28, Haus 6.

Die globale Finanzkrise scheint überwunden. An den Börsen herrscht wieder gute Stimmung. Die Pleitebanken bedürfen jedoch weiterhin der Stützung durch Staat und Steuerzahler. Welche Lehren wurden aus dem Desaster gezogen? Was hat die Politik bisher erreicht und was muß noch geschehen, um Banken und Finanzmärkte sinnvoll zu regulieren? Wie sicher ist der Euro? Diese und weitere Fragen können und sollen mit den Podiumsteilnehmern diskutiert werden.

Sven Giegold, Jahrgang 1969, studierte Erziehungswissenschaften, Politik und Wirtschaftswissenschaften. Im Jahr 2000 war er Gründungsmitglied von attac Deutschland. Bekannt wurde er durch kritische Vorträge zu Globalisierung und Steuerpolitik. Sven Giegold engagiert sich in sozialen und ökologischen Initiativen, u.a. beim Aufbau des Instituts Solidarische Moderne. Seit 2009 ist er Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Als Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuß liegt ihm die Finanzmarktkontrolle besonders am Herzen.

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Barnim, Josef Keil, ist in der Region als streitbarer Geist bekannt. Er ist vielfältig engagiert und genießt hohes Ansehen bei Kunden, in der Bürgerschaft und der Politik. Die Sparkasse unterstützt Sport- und Kulturvereine sowie soziale Projekte. Sie strebt keine Eigenkapitalrenditen in zweistelliger Höhe an und unterscheidet sich damit von Großbanken. Dennoch ist sie Teil des Marktes und von dessen Mechanismen nicht unabhängig.

THOMAS DYHR, Stellv. Kreissprecher  
Bündnis 90/Die Grünen Barnim

# Wanderungen im März

So, 13. März: Durch die Cosa Riviera zum Monte Caprino

Die Wanderung führt vorbei an Papenteich durch die Cosa Riviera auf den Monte Caprino, auch Ziegenberg genannt. Hier Besichtigung des Kriegerdenkmal. Weiter geht es auf interessantem Rundweg um den Monte Caprino, wo man Bad Freienwalde aus verschiedensten Perspektiven von oben kennen lernen kann. Auf den Pfaden von Bäcker Heide weiter zur nördlichsten Skischanze Deutschlands, wo man einen herrlichen Blick ins Tal hat. Vorbei an alten Buchen geht es zum Moorbad zurück. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200. Treff: 13.30 Uhr Kurmittelhaus, Gesundbrunnenstr. 33, 16259 Bad Freienwalde.

Sa, 19. März: 24. Sternwanderung nach Pöhlitzbrück (8km)

Bereits im 24. Jahrgang findet die Wanderung vorbei am Schlossberg durchs Finowtal zum Rastplatz Pöhlitzbrück statt. Für lecker Speis und Trank sorgt die NaturFreunde Ortsgruppe Hellmühle. Wanderleiter Gerda Schmidt. Treff: 9.30 Uhr, Markteiche, Marktplatz, 16359 Biesenthal.

So, 20. März: Das Teufelsauge am Hochmoor

Die 7 km Wanderung führt vorbei an einem Hochmoor zur höchsten Erhebung der Insel Neuenhagen. Einige Stellen erlauben schöne Fernsichten Richtung Bad Freienwalde Polen und Oderberg. Auf einem Kammweg erreichen wir das Teufelsauge an der Bergkolonie. Weitere Punkte werden Granitberg und Gabower Hangkante sein. Rundweg ca. 2,0 Std. Treff: 13.30 Uhr, Fontane Haus, Dorfstraße 33, 16259 Bad Freienwalde, Ortsteil Schiffmühle,

BERND MÜLLER

## Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

**8. März:** 19 Uhr, Brasserie am Stein  
Lesung mit Günter Herlt  
*Frauentagsgeschichten. Ein Abend mit Humor*

**11. März:** 19 Uhr, Brasserie am Stein  
Lesung mit Gert Schramm  
*Wer hat Angst vorm schwarzen Mann*

**20. März:** 6 Uhr Abfahrt, Buchhandlung  
*Fahrt zur Leipziger Buchmesse*  
Das Team der Buchhandlung Mahler

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telexfax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: BFG, Markmann (4),

comic: Margrit Kattner

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluß: 3. März 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 31.3.2011, 12 Uhr.